Gelſenkirchener Zeitung.

Bezugspreis monatlich durch Boten zugeſtellt oder durch die Poſt bezogen 25 000 Mk.
Einzel-Nummer 1000 Mk.
Erſcheint täglich, außer an Sonn- und Feſttagen.
Gratis-Beilagen: „Gelſenkirchener Sonntags-Zeitung“ und „Am Herdfeuer“.
Telegramm-Adreſſe: Gelſenkirchener Zeitung. — Poſtſcheck-Konto Eſſen Nr. 13146.
Geſchäftsſtelle: Gelſenkirchen, Ahſtraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernſprech-Anſchluß: Amt Gelſenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münſtermann in Gelſenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) 350 Mk., im Ortsverkehr 250 Mk., für Wohnungs- und Stellengeſuche, ſowie Verkäufe nicht geſchäftlicher Art 150 Mk.
Reklamen 1 mm Raumhöhe (80 mm breit) 1000 Mark.
Für Aufnahmen an beſtimmten Tagen und Plätzen, ſowie für Aufträge mittels Fernſprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Ausſperrung, Betriebsſtörung hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreiſes. Etwaiger Rabatt gilt als Kaſſarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nr. 148 (Erſtes Blatt) Montag, den 9. Juli 1923 59. Jahrgang.

England erwartet eine Erklärung Baldwins.

Der Vatikan ſetzt ſeine Bemühungen fort. — Die Diskuſſion London-Paris geht weiter. — Der belgiſche und franzöſiſche Botſchafter beim Außenminiſter. — Verlängerung der Verkehrsſperre?

Die Friedensbemühungen des Papſtes.

Eine Enzyklika?

Berlin, 8. Juli 1923.

Aus Informationen, die aus unterrichteten Kreiſen der Kurie ſtammen, geht hervor, daß die Aktion des Papſtes entſchieden fortgeſetzt werden wird. Sie habe mit dem Briefe an Gaſparri begonnen und ſei durch das Telegramm an den Nuntius Pacelli ſowie durch die neuen Inſtruktionen an die Nuntien in Paris und Brüſſel erweitert worden. Außerdem höre man von der Abſicht Pius XI., in der Enzyklika „doctor doktorum“ nicht nur Fragen religiöſen Charakters, ſondern auch Zeitfragen zu behandeln. Dieſe Enzyklika ſoll am 18. Juli aus Anlaß der 800jährigen Wiederkehr der Heiligſprechung Thomas von Aquin veröffentlicht werden.

Dieſelben Informationen, die die „Voſſ. Zeitung“ erhalten hat, beſagen, der Papſt ſei entſchloſſen, ſeiner Stimme Gehör zu verſchaffen. Die Zuſtimmung, die dieſe erſte Kundgebung nicht nur in Italien, ſondern in der ganzen Welt und aus allen Ländern erhalten habe, zeige, daß die Zeit für eine Neuregelung der politiſchen Methoden der Nachkriegszeit gekommen ſei.

Englands und Amerikas Antwort auf den Friedensſchritt des Papſtes.

London, 7. Juli. Die „Times“ melden aus Rom: Der engliſche Botſchafter hat am Mittwoch früh die Antwort Englands dem Kardinalſtaatsſekretär überreicht. Sie ſpricht die Bereitwilligkeit Englands aus, an allen Beſtrebungen des Hl. Stuhles mitzuwirken und ſie zu unterſtützen, die der Herſtellung des Friedens und der Verſtändigung in Europa dienen können.

Die „Times“ wiſſen ferner aus Waſhington zu melden, Präſident Harding habe am Dienstag in einem Handſchreiben an den Papſt ſein lebhaftes Intereſſe für die Abſichten des Vatikans bekundet, den Frieden auf Verſtändigung und Nachſicht aufzubauen. Er bitte den Papſt zu gleicher Zeit, ihn über die weiteren Schritte, die dieſem Ziele dienen, zu unterrichten.

Im amerikaniſchen Senatsausſchuß wurde am Dienstag der Schritt des Papſtes beſprochen. Staatsſekretär Hughes erklärte, daß zwar Amerika an der Nichteinmiſchung in europäiſche Angelegenheiten feſthalten wolle, aber der Schritt des Papſtes ſei für den Frieden und den Fortſchritt der Welt aufrichtig zu begrüßen.

Reichsregierung und Papſttelegramm

Einigung zwiſchen Regierung und Nuntius.

Berlin, 7. Juli. Wie den Zeitungen mitgeteilt wird, iſt in der Ausſprache zwiſchen dem Nuntius Pacelli und dem Reichskanzler die materielle Einigung über die Frage der Sabotage, die der Nuntius zur Sprache gebracht hatte, am Donnerstag erfolgt. Geſtern mittag wurde eine Einigung über den Wortlaut der Kundgebung erzielt.

Die Regierung verurteilt verbrecheriſche Gewaltakte.

Ueber die Unterredungen des Reichskanzlers mit dem apoſtoliſchen Nuntius geht dem Wolffſchen Telegraphenbureau folgendes Communique zu:

Nuntius Pacelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im beſetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Anſichten und Wünſche des Hl. Stuhles eingehend dargelegt. In ſeiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewieſen, daß es ſich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines bedrückten Volkes zu erklären ſind. **Die Reichsregierung ſei jedoch mit dem Heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecheriſche Gewaltanwendung zu verurteilen.**

Vor einer Note an den Vatikan.

Die „Voſſ. Ztg.“ hört, daß die Reichsregierung vermutlich das Ergebnis der Beſprechungen zwiſchen dem Reichskanzler und dem päpſtlichen Nuntius Pacelli zuſammenfaſſend in einer Note niederlegen werde, die in den nächſten Tagen dem Nuntius zur Weitergabe an den Heiligen Stuhl übergeben werden ſolle. Nuntius Pacelli tritt am Samstag abend die Rückreiſe nach München an.

Befriedigung im Vatikan.

WTB **Rom**, 8. Juli. (Telegr.) Der Vertreter des Wolffbureaus iſt in der Lage, mitzuteilen, daß das von der Reichsregierung über die Unterredungen des Reichskanzlers mit dem Nuntius Pacelli herausgegebene Communique im Vatikan mit großer Befriedigung aufgenommen wurde.

Die Diskuſſion über die Gegenſätze Paris-London.

In der franzöſiſchen Preſſe.

Paris, 7. Juli 1923.

Zum Stande der franzöſiſch-belgiſchen Verhandlungen in der Reparations- und Ruhrfrage ſchreibt „Petit Pariſien“, obwohl Lord Curzon geſtern kein Dokument im offiziellen Sinne des Wortes durch den franzöſiſchen Botſchafter übermittelt worden ſei, könne man doch beſtätigen, daß ſeit geſtern abend die engliſche Regierung

im Beſitz von genauen Formeln

ſei, die ſie als Antwort auf ihren Fragebogen verlangte. Man ſcheine die Prozedurſchwierigkeit beſeitigt zu haben.

Nach dem „Echo de Paris“ beauftragte Poincare den franzöſiſchen Botſchafter in London anſcheinend, Baldwin und Curzon Inſtruktionen zu übermitteln, die ihm nach Empfang des engliſchen Fragebogens vom 13. Juni übermittelt worden ſeien. Trotz dieſes franzöſiſchen Nachgebens behauptet „Petit Pariſien“, daß

die ernſten Schwierigkeiten fortbeſtehen

und jedes Abkommen zwiſchen London und Paris problematiſch erſcheinen ließen. Wie aus den letzten Verhandlungen hervorgehe, konnte man ſich über die Debatte ſelbſt nicht verſtändigen. Frankreich und Belgien ſeien beide der Anſicht, daß nach vier Jahren unangenehmer Erfahrungen nichts anderes übrig bleibe, wenn man Deutſchland zum Zahlen bringen wolle, als ausſchließlich Zwang anzuwenden. England im Gegenteil glaube, daß der Schuldner nur zahlen könne, wenn man ihm gegenüber die Ueberredung anwende. Deshalb weigere es ſich, trotz ſeines Wunſches, ſich Frankreich zu nähern, der Ruhrpolitik direkt oder indirekt zuzuſtimmen.

„Petit Pariſien“ fährt fort, man ſcheine in London noch nicht begriffen zu haben, daß Frankreich es als aufgeklärt erachte, daß ſeine Beſchlüſſe bereits getroffen ſeien. Man würde ſich ſehr ſeltſamen Illuſionen hingeben, wenn man glaube, daß man Frankreich durch Einſchüchterung oder durch ſeine politiſche und finanzielle Lage zur Einſtellung ſeiner augenblicklichen Unternehmung veranlaſſen zu können. Wenn man das Sinken des Franken verſtärke, dann werde das nichts an der faſt einſtimmig von London gebilligten Verhaltungslinie ändern, vielleicht werde aber eine aufmerkſame Prüfung der Frage die engliſche Regierung dazu führen, ihre Haltung zu ändern, die ſie noch anfangs dieſer Woche eingenommen habe. Wäre es anders, dann könne man ſich nur wundern, daß das Kabinett Baldwin die entgegenkommenden Abſichten, die es äußert, nicht in die Tat umgeſetzt hätte.

„Ere Nouvelle“ beurteilt die Lage wie folgt: Die franzöſiſch-engliſchen Verhandlungen, worauf von gewiſſen Seiten immer noch unwahrſcheinliche Hoffnungen geſetzt werden, erſcheinen mehr und mehr als

auf dem Wege zu einem Bruche

zu ſein. Das einzige Mittel, die Nation zu retten, wäre, daß Poincare die von den Belgiern vorgeſchlagene Kompromißformel annehme, die ſich an gewiſſe britiſche Anſichten anlehnt, die der engliſche Botſchafter geſtern gegenüber dem franzöſiſchen Miniſterpräſidenten bekundete. Was dies anlangt, ſo ſind wir der Anſicht, daß es ausgeſchloſſen iſt, zwiſchen den beiderſeitigen Auffaſſungen eine tragfähige Brücke zu ſchlagen. **Das engliſche Kabinett nahm uns gegenüber eine aggreſſive Haltung ein.** Die Offenſive iſt auf finanziellem Gebiete erkennbar. **Der Franken erlitt einen ſchweren Schlag, der wahrſcheinlich nicht der letzte ſein wird.** Wer gab das Zeichen zum Angriff? Zweifellos das Londoner Schatzamt im Einvernehmen mit Waſhington. Die Angelſachſen ſcheinen beunruhigt über unſere imperialiſtiſch gefärbten Pläne und entſchloſſen, den Angelpunkt unſerer Politik, d. h. unſere Währung zu zerſtören.

„Liberte“ ſchreibt zu der Frage der engliſch-franzöſiſchen Verhandlungen, niemand werde Frankreich im Ernſt Glauben machen wollen, daß England ſeine Handlungsfreiheit zurückgewinnen werde, d. h. auf gut franzöſiſch, ſich mit Deutſchland verſtändige, weil Frankreich ihm kein präziſes Programm, um nicht zu ſagen, keinen Plan für eine künftige Räumung des Ruhrgebiets beigebracht habe. Wahrſcheinlich hätte ſich ein weniger aufrichtiges Land als Frankreich, ſich bereit gefunden, ſämtliche Bedingungen, die man von ihm wiſſen wollte, unter Vorbehalt, im gegebenen Augenblick zu behaupten, daß andere Umſtände vorlägen und daß deshalb auch die Bedingungen ſich ändern müßten. Man kenne das Land, das ſich wer weiß wie oft ſchon verpflichtete, Aegypten zu räumen und noch dort ſitze. Wenn Frankreich genügend Zynismus aufbrächte, würde es ihm alſo ein Leichtes ſein, England die gewünſchte formelle Genugtuung zu gewähren, aber Zynismus, der ſich deshalb nicht empfehle, weil er nicht immer ein gutes Geſchäft ſei, der wie Unredlichkeit früher oder ſpäter abgebüßt werden müſſe, ſei den diplomatiſchen Sitten Frankreichs fremd. Vor allem aber ſtrebe England, ohne es eingeſtehen zu wollen, etwas anderes als eine formelle Genugtuung an. Man wolle das franzöſiſche Ruhrunternehmen zunichte machen. Als Frankreich das Ruhrgebiet beſetzte, habe es etwas in die Tat umgeſetzt, was das Ausland nicht erwartete und woran es nicht glaubte, denn das Ausland nahm an, daß es entweder die Franzoſen niemals wagen würden oder aber, daß die Aufgabe undurchführbar ſei. Dieſe wichtige Tatſache würde noch mehr in die Wagſchale fallen, ſobald Deutſchland anerkenne, daß es ohnmächtig gegen die Beſetzung ſei, daß ſein Widerſtand ihm nichts nutze und daß ihm nichts weiter übrig bleibe, als nachzugeben. Das ſei es, was die Eiferſucht vieler Leute Europas, ſelbſt unter Frankreichs Alliierten, wachrufe. Wenn man Frankreich mit moraliſcher Iſolierung drohe, wenn man es darauf verweiſe, daß der Papſt in ſeiner Perſon ſich von ſeinem Imperialismus abwende, ſo brauchten die Franzoſen ihre Gemütsruhe nicht zu verlieren. Sie könnten es immer wieder ſehen, daß es beſſer ſei, Leid als Mitleid zu erregen.

*

Reden Millerands.

Paris, 8. Juli. (Telegr.) Präſident Millerand hielt geſtern in Raulins eine Rede, in der er ſich mit folgenden Worten an den Bürgermeiſter wandte: Frankreich iſt friedlicher geſonnen, als es jemals war, weil es die Schrecken eines langen Krieges eben durchlebte. Frankreich kann aber trotz des Friedenswillens nichts anderes tun, als auf der Achtung der Verträge zu beſtehen. Es verlangt nicht mehr als ihm gebührt, aber es verlangt alles, worauf es Anſpruch hat. Frankreich iſt entſchloſſen, es zu erhalten. Vertrauen Sie alſo auf die Zukunft. Wir wollen einen Frieden, der des Sieges würdig iſt; wir werden ihn erreichen.

Am Nachmittag ſprach der Präſident in Clermont Ferrand auf der dritten Jahrhundertfeier zu Ehren Pascals. Er berief ſich auf die Worte Pascals: Die Gerechtigkeit iſt ohnmächtig ohne die Macht. Macht iſt Tyrannei ohne Gerechtigkeit und Vielheit, die ſich nicht zur Einheit zuſammenfaßt, iſt Verwirrung, eine Einheit, die nicht von Vielheit abhängig iſt, iſt Irrſinn.“ Welches Licht, kommentierte Millerand, werfe dieſe Formel in gebieteriſcher Klarheit auf die Probleme, die Frankreich immer noch beſchäftigen. Frankreich habe ſeit nunmehr 50 Jahren verſpürt, was das Recht wert ſei, dem keine Macht gegeben iſt.

*

Baldwin zu einer Erklärung genötigt.

Paris, 7. Juli. Der Londoner Berichterſtatter des „Neuyork Herald“ meldet, in politiſchen Kreiſen hält man es geſtern abend für ausgeſchloſſen, **daß Baldwin eine umfaſſende Erklärung über die engliſche Reparationspolitik über den Anfang der nächſten Woche hinauszuſchieben im Stande ſein werde.** Von den Liberalen und der Arbeiterpartei gehe eine kombinierte Bewegung aus, die den Premierminiſter zu einer Aeußerung zu bringen verſuche, welche Antwort er auf das letzte deutſche Angebot zu erteilen gedenke.

*

Italien nimmt an den Konferenzen teil.

Paris, 7. Juli. Aus London wird gemeldet: Nach den Auskünften von offiziöſer Quelle wird die italieniſche Regierung von nun ab bei den diplomatiſchen Konferenzen, die in London über das deutſche Angebot, über die Reparationsfrage und die Ruhrbeſetzung ſtattfinden, vertreten ſein. Das ſei die Auslegung, die man dem geſtrigen Beſuch des Marquis della Torretta im Foreign Office gab.

*

In der Londoner Preſſe.

London, 7. Juli. Der diplomatiſche Berichterſtatter der „Weſtminſter Gazette“ ſchreibt, die engliſch-franzöſiſchen Meinungsverſchiedenheiten ſchienen durch die geſtrigen Beſprechungen ſich nicht geändert zu haben. Es ſei klar, daß die franzöſiſche und belgiſche Regierung die Dinge hinhalten wollten in der Hoffnung auf den unmittelbar (?) bevorſtehenden Zuſammenbruch des deutſchen Widerſtandes. Demgegenüber ſei zu bemerken, daß in ſehr naher Zukunft

der Augenblick kommen

müſſe, da die britiſche Regierung genötigt ſein werde, einen eigenen Weg zu wählen, wenn ſie nicht zu einem Abkommen mit Belgien und Frankreich gelangen könne.

Zur Unterredung Curzons mit dem italieniſchen Botſchafter bemerkt der Berichterſtatter, die Beſprechung bezeichne einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einem vollkommenen

Einvernehmen zwiſchen England und Italien

in der Frage der Reparationspolitik, die ſie gemeinſam verfolgen wollten. Italien tut ſein Beſtes, um Frankreich mitzuziehen, die Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen den Alliierten beizulegen. Die Unterredung Curzons mit dem belgiſchen Botſchafter war größtenteils eine Wiederholung der Anſichten, die ſchon früher ausgetauſcht wurden. Die belgiſche Regierung ſei nach wie vor der Anſicht, daß ein ſtändiger und wachſender Druck im Ruhrgebiet aufrechterhalten werden müſſe, und daß Großbritannien gemeinſam mit Frankreich und Belgien die deutſche Kapitulation verlangen ſollte. Die Beſprechung mit dem franzöſiſchen Botſchafter war von ſehr freundſchaftlichem Charakter, jedoch ließen die beim Botſchafter eingetroffenen Inſtruktionen nicht erkennen, daß Poincare bereit ſei, ſeine Politik zu ändern.

Der diplomatiſche Berichterſtatter des „Daily Telegraph“ ſchreibt, der franzöſiſche Botſchafter begnügte ſich damit, die Anſichten ſeiner Regierung über die von Großbritannien aufgeworfenen Fragen in den Grenzen des Möglichen darzulegen. Der Erfolg ſeines Schrittes war, zu zeigen, **daß es jetzt ebenſo unmöglich ſei, den britiſchen und franzöſiſchen Standpunkt in der Ruhrfrage zu verſöhnen.** Die Franzoſen ſchienen eine Antwort auf das deutſche Memorandum oder Erörterungen über die Reparationsfrage nicht für dringlich zu halten und nur die bedingungsloſe Kapitulation Deutſchlands zu verlangen. Poincare zeige die ausgeſprochene Neigung, den Schwerpunkt von der Ruhrfrage nach der Reparationsfrage und von den franzöſiſchen Reparationsanſprüchen zu den Forderungen Englands und deſſen Abſichten in der Frage der Annullierung der Kriegsſchulden zu verſchieben. Der Berichterſtatter ſagt zwar, nach britiſcher Auffaſſung müſſe

erſt die geſamte Entſchädigungsſumme Deutſchlands

von einem Sachverſtändigenausſchuß feſtgeſtellt werden, bevor die britiſche Regierung den genauen Betrag angeben könne, den ſie von Deutſchland erhalten wolle. Der Berichterſtatter bemerkt, Belgien, als induſtrielles und Ausfuhrland, verſteht Großbritanniens Standpunkt anſcheinend beſſer als Frankreich und begreife die Richtigkeit einer baldigen Rückkehr des Ruhrgebietes zur induſtriellen Tätigkeit. Mit dem italieniſchen Botſchafter prüfte Curzon alle Seiten der gegenwärtigen Lage. Der Berichterſtatter ſchließt, das britiſche Kabinett werde jetzt zu entſcheiden haben, ob es die interalliierten Beſprechungen auf der bisherigen Grundlage fortſetzen oder allein oder mit Italien das deutſche Memorandum beantworten ſolle. Wie auch immer die Beſchlüſſe des Kabinetts ausfallen würden, die öffentliche Meinung Englands werde ſie unterſtützen.

WTB **London**, 8. Juli. (Telegr.) Der diplomatiſche Korreſpondent der "Sunday Times" erfährt, daß

im Laufe dieſer Woche eine Entſcheidung

fallen werde, wenn auch noch nicht feſtſtehe, wann Baldwin ſeine lang erwarteten Erklärungen im Parlament abgeben würde. Der Korreſpondent ſchreibt, Baldwin habe genug von Unterredungen, die die Dinge nicht förderten und habe Paris eine entſcheidende Mitteilung zugehen laſſen, daß der britiſche Fragebogen klar und ohne weiteren Verzug beantwortet werden müſſe. Sollte Frankreich hierauf nicht eingehen, dann könne man damit rechnen, daß die britiſche Regierung die Initiative ergreifen, und daß die Ereigniſſe ſich raſch entwickeln würden.

*

Erklärungen Chamberlains.

WTB **London**, 8. Juli. (Telegr.) Bei einer Kundgebung in Birmingham erklärte Chamberlain, die Regierung ſei jetzt ſtärker als zu der Zeit, da die parlamentariſche Seſſion begann und habe auf ſämtlichen Gebieten gute und ruhige Arbeit geleiſtet. Chamberlains Bruder, der Geſundheitsminiſter Neville Chamberlain führte aus, die einzige Wolke am Horizont ſei die Ruhrfrage. Die Beſetzung des Ruhrgebietes ſei gegen den Rat Englands erfolgt und ihr Ergebnis habe leider die engliſchen Beſorgniſſe gerechtfertigt. Dieſe Lage könne nicht unbegrenzte Zeit fortdauern. Es handele ſich um Dinge, die nicht nur Frankreich allein angingen, und ſo dringend auch der Wunſch Englands ſei, harmoniſche Beziehungen mit Frankreich aufrecht zu erhalten, ſo ſei doch die Zeit gekommen, daß es notwendig wäre, endgültige Schritte zu unternehmen.

*

Churchill über England und Amerika.

London, 7. Juli. Bei einem Feſteſſen zu Ehren des Sollicitor General führte Churchill in einer Rede aus, er glaube ſagen zu können, daß die Anſichten und Sympathien der Engländer und Amerikaner immer mehr in Uebereinſtimmung kämen gegenüber den ſchwierigen Problemen Europas ſeit der Beendigung des Krieges. Die Engländer und Amerikaner verſtänden einander und hätten kein anderes Ziel, als die Entwicklung und Wiederbelebung Europas zu fördern, um die furchtbaren Gefühle des Haſſes zu beſänftigen, die, wenn ſie andauerten, den Geneſungsprozeß auf unabſehbare Zeit verhindern würden.

*

Amerikaniſcher Vorwurf gegen Waſhington.

London, 7. Juli. Reuter meldet aus Waſhington, Senator Underwood, der zuweilen als Anwärter auf den Präſidentenpoſten 1914 bezeichnet wurde und der kürzlich von einer Reiſe nach Europa zurückgekehrt iſt, hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Forderung aufſtellt, die Vereinigten Staaten ſollten bei der Wiederherſtellung der Welt helfen und, in der er der amerikaniſchen Regierung vorwirft, ſie ſei wie gelähmt, ſie habe bezüglich der europäiſchen Angelegenheiten keine Politik, ſie beſitze keinen Mut und keine Ueberzeugung, kurz, ſie habe nichts, was einen Mann zum Mann, eine Regierung zur Regierung mache. Gleichzeitig ſpricht Underwood aber gegen den Beitritt Amerikas zum internationalen Gerichtshof.

Ein franzöſiſch-belgiſcher Schritt in Berlin.

Das Unglück in Duisburg.

WTB **Berlin**, 7. Juli. (Amtlich.)

Nach Abſchluß der Unterredungen zwiſchen dem Reichskanzler und dem apoſtoliſchen Nuntius über die Sabotageakte brachten der belgiſche Geſandte und nach ihm der franzöſiſche Botſchafter im Auswärtigen Amt den Vorfall auf der Rheinbrücke bei Duisburg mündlich zur Sprache. Beide Miſſionschefs haben als Auffaſſung ihrer Regierungen dargelegt, daß ſich die Reichsregierung durch die Verordnungen für den paſſiven Widerſtand und durch die Beileidstelegramme für die aktiviſtiſchen Erſcheinungen des Widerſtandes verantwortlich mache. Aus dieſem Grunde müßten die belgiſche und franzöſiſche Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf der Duisburger Brücke mißbillige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis für die Beteiligung von Deutſchen teilte der belgiſche Geſandte mit, daß auf der Brücke Bruchteile einer Exploſivbombe gefunden wurden.

Der Reichsminiſter des Auswärtigen antwortete den beiden Vertretern in folgendem Sinne: Der Vorfall bei Duisburg iſt der deutſchen Regierung bisher nur aus Zeitungsmeldungen bekannt. Selbſt wenn an dem Vorfall Deutſche beteiligt ſeien, könne nicht zugegeben werden, daß die deutſche Regierung irgendeine Verantwortung dafür treffe oder in irgend einer Weiſe zu derartigen Akten ermutigte. **Ein Gewaltakt, wie er nach der belgiſchen und franzöſiſchen Darſtellung auf der Duisburger Brücke begangen worden ſei, liege nicht in den Abſichten und in der Politik der deutſchen Regierung, die nichts unterlaſſe, um die Bevölkerung zum beſonnenen Verharren auf der Linie des paſſiven Widerſtands zu bewegen.** Die Angabe, daß man am Ort der Tat die Trümmer einer Bombe gefunden habe, könne jedoch keineswegs genügen, um die deutſche Regierung von einer verbrecheriſchen Beteiligung Deutſcher zu überzeugen. Was die deutſche Mitwirkung bei der weiteren Behandlung des Falles anlange, ſo werde ſich die Reichsregierung dazu äußern, ſobald ihr in konkreter und ſubſtantiierter Form das Ergebnis der bisherigen Unterſuchung vorgelegt werde. Im übrigen ſei zu bemerken, daß die deutſche Regierung in mehreren Fällen forderte, den deutſchen Behörden zur Unterſuchung an Ort und Stelle Gelegenheit zu geben. Dieſer Forderung ſei niemals entſprochen worden. Ebenſowenig habe die franzöſiſche Regierung auf wiederholten Vorſchlag, eine internationale Unterſuchungskommiſſion einzuſetzen, keine Antwort erteilt.

Die Kritik in der Pariſer Morgenpreſſe

Paris, 8. Juli. (Telegr.) Die Morgenblätter begnügen ſich in der Mehrzahl die kritiſchen Kommentare ihrer Berliner Berichterſtatter zu dem Schritt der diplomatiſchen Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Sabotagefrage wiederzugeben. So ſpricht der „Matin“ von einer ſeltenen Anmaßung des deutſchen Außenminiſters. Es ſei klar, daß Roſenberg nicht eine derartige Sprache führen würde, wenn ſeine Beziehungen zu London ihm nicht Grund gäben, einige Hoffnung auf die engliſche Regierung zu ſetzen. Die Belgier ſeien beſtrebt, das Einvernehmen zwiſchen Frankreich und England in der Reparationsfrage wiederherzuſtellen. Sie müßten ſich aber darüber klar ſein, daß England die Deutſchen im Widerſtand nicht ermutige. Da man eine nur zu gerechtfertigte Aufforderung nach Berlin ſchickte, ſo ſei es klar, daß man ſich nicht mit einer ausweichenden Antwort begnügen könne. Als man dieſe Aufforderung formulierte, ſah man ſicher wohl auch Maßnahmen vor, die im Weigerungsfalle getroffen werden ſollen.

Das „Journal“ ſtellt vor allem den verfehlten Charakter dieſes belgiſch-franzöſiſchen Schrittes in Berlin feſt. Seit dem Tage des Verbrechens hätten ſich keine neuen Tatſachen ergeben, abgeſehen von einer ernſten internationalen Polemik über die Mittel, den deutſchen Widerſtand zu beenden. Wo ſteuert man hin? fragt das Blatt. Würde man ſich mit irgendeiner vagen Erklärung begnügen, dann brauchte man ſich nicht erſt die Mühe zu machen. Würde man es zum diplomatiſchen Bruch kommen laſſen, ſo würde es den Deutſchen keine großen Kopfſchmerzen machen. Wolle man die Verhandlungen fort-

1 Dollar = 175560 Mark.

eben? Das wäre weit ſchlimmer, denn man würde Gefahr laufen, in die Debatte verwickelt zu werden, die man nicht fortſetzen könnte, bevor Deutſchland kapitulierte.

Guſtav Hervé glaubt in der „Victoire" die Angelegenheit dahin auslegen zu müſſen, daß ſie den engliſch-franzöſiſchen Gegenſatz nur verſchärfe. Es hat keinen Zweck, ſo ſchreibt er, der öffentlichen Meinung verhehlen zu wollen, daß infolge der wahnwitzigen Haltung Englands ernſte Stunden kommen.

Kein Abbruch der diplomatiſchen Beziehung.

— **Berlin**, 8. Juli. Zu einer Havasmeldung über die Abſicht Frankreichs und Belgiens, ihre Botſchafter aus Berlin eventl. abzurufen, iſt feſtzuſtellen, daß hier nichts bekannt iſt. Eine Mitteilung über die etwa bevorſtehende Zurückziehung der Botſchafter erfolgte hier nicht. Eine Brüſſeler Nachricht dementiert eine ſolche Wirkung ausdrücklich. Auch der „Temps" erklärt, Frankreich habe keinen Anlaß, die Beſprechungen mit der deutſchen Republik einzuſtellen. Das Blatt läßt ſogar durchblicken, daß man eine Anknüpfung mit Berlin ſucht.

Die Pariſer Kammerdebatte über den Papſtbrief.

Paris, 7 Juli 1923.

Die Kammer verhandelte geſtern nachmittag über die Interpellationen, die ſich mit dem Papſtbriefe über die Reparationsfrage beſchäftigen. Die Interpellationen gehen aus von den Abgeordneten Dumesnil, Marc Sangnier, de Magallon, Rollin und Blum.

Der radikal-ſozialiſtiſche Abgeordnete Dumesnil

begründete als erſter die Interpellation. Am Jahrestage der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Verſailles in dem Augenblick, da Frankreich gezwungen geweſen ſei, Deutſchland mit Gewalt an die Erfüllung ſeiner Verpflichtungen zu erinnern, habe der Papſt geglaubt, dem Kardinalſtaatsſekretär Gaſparri einen Brief ſchreiben zu müſſen, wobei das wenigſte, was man über ihn ſagen könne, ſei, daß es ſich um eine unglückliche Geſte gegenüber Frankreich handele. Dieſer Brief habe bei allen Franzoſen, bei Katholiken ſowohl wie bei Freidenkern Beſtürzung hervorgerufen. Zwei Punkte dieſes Briefes ſeien für Frankreich unannehmbar:

1. Der Papſt rate die Beiſeiteſchiebung der Reparationskommiſſion an und empfehle einen Schiedsſpruch, der die Zahlungsfähigkeit Deutſchlands abſchätzen ſolle.

2. Der Papſt fordere Frankreich auf, nicht nur das Ruhrgebiet, ſondern auch das linke Rheinufer zu räumen.

Wenn der Papſt ſich auch dazu verſtanden habe, ſeinen Brief dahin abzuſchwächen, daß er die Haltung Frankreichs im Ruhrgebiet nicht als haſſenswert bezeichne, ſondern dieſes Wort durch peinliche Empfindungen erſetze, ſo müſſe man doch erklären, daß dieſer Brief nicht gebilligt werden könne. Das Telegramm des Papſtes an den Nuntius Pacelli, in dem die Verbrechen verurteilt werden, vermöge den Brief über die Reparationen, der umſo bedauerlicher ſei, als ſeine Abſendung nach Abſchluß einer Unterſuchung des päpſtlichen Delegaten Mgr. Teſta im Ruhrgebiet beſchloſſen wurde, in keiner Weiſe ungeſchehen zu machen. Man müſſe alſo eine Beziehung zwiſchen dieſer Unterſtützungsweiſe und dem Brief herſtellen. (Poincare verneint dies durch Kopfſchütteln.) Der Abgeordnete ſchließt ſeine Rede, die zum Teil großen Widerſpruch bei den Katholiken der Kammer hervorrief, indem er ſagte: Wir müſſen uns darüber klar ſein, daß wir erklären, daß der Papſt, der ſich während des Krieges um die Intereſſen Frankreichs nicht gekümmert hat, heute nicht das Recht hat, die von Frankreich getroffenen Maßnahmen zu kritiſieren. Der Zwiſchenfall hat die Zweckmäßigkeit der Unterhaltung eines Botſchafters beim Vatikan keineswegs, wohl aber die Unzweckmäßigkeit des jetzigen Botſchafters bewieſen.

Der Abgeordnete vertrat ſodann den Standpunkt der radikalen Partei hinſichtlich der Beziehungen Frankreichs zum Vatikan.

Der Abgeordnete Marc Sangnier

erklärte als zweiter Interpellant: der Papſtbrief habe keinen politiſchen Charakter. Er ſei ein religiöſes Dokument, über das man eigentlich nicht interpellieren ſolle. Keine Stelle in dieſem Briefe rechtfertige die Bewegung, die in gewiſſen Kreiſen entſtanden ſei. Die Politik Poincares werde vom Papſt weder gebilligt, noch verurteilt. Der Redner ſucht dies im einzelnen zu beweiſen.

Sangnier erklärte, es ſei Pflicht des Kirchenvaters, die Nationaliſten, deren Leidenſchaft zu Ungerechtigkeiten trieben, an die Tugend der Gerechtigkeit zu erinnern. Er bedauere aber, daß Frankreich in der Welt nicht genügend verſtanden werde. Zweifellos habe Poincare ein Recht, zu ſagen, man müſſe Deutſchland zum Zahlen zwingen. Er werfe ihm nicht vor, was er ſage, er werfe ihm nur vor, was er nicht ſagen wolle, was man aber ſagen müſſe.

Der Abgeordnete Magallon

als dritter Interpellant will die Meinung der franzöſiſchen Katholiken zum Ausdruck bringen. Er ſei vom erſten Tage an Anhänger der Ruhrbeſetzung geweſen. Habe der Papſtbrief die franzöſiſchen Katholiken in der Ausübung ihrer Rechte beeinträchtigt? Redner verneinte die Frage. Senator Albert habe im Senat von einer ſchwarzen Internationale geſprochen. Dieſe exiſtiere nicht. Man könne immer guter Republikaner ſein und doch Katholik bleiben. Der Brief des Papſtes ſei in der Ausübung ſeines Rechtes geſchrieben. Er enthalte ſeine Anſicht, die weder die des Miniſterpräſidenten noch der franzöſiſchen Katholiken ſei; aber der Papſt habe ein Recht, ſeine Anſicht in voller Unabhängigkeit auszuſprechen.

Es entſpinnt ſich im übrigen ein Zwiegeſpräch zwiſchen Sangnier und Magallon über den parlamentariſchen Einfluß der chriſtlichen Demokratie. Sangnier erklärt hierbei, daß die jetzige franzöſiſche Kammer unter dem Regime des Belagerungszuſtandes gewählt worden ſei und vielleicht nicht mehr die augenblickliche Stimmung Frankreichs widerſpiegele, wenn man auch Poincare für ſeine Bemühungen zu Gunſten des Religionsfriedens dankbar ſein müſſe, müſſe man doch zugeben, daß die Zahl der Staatsbürger täglich wachſe, die der Anſicht ſeien, daß die augenblickliche Politik Frankreichs zu engherzig ſei. Das ſagten namentlich Franzoſen, die in die Zukunft blickten. Magallon widerſpricht dieſer Anſicht und ſpricht ſich ſchließlich für die Politik Poincares aus.

Poincare

ergreift das Wort: Die heutige Debatte ſei das berechtigte Echo einer Angelegenheit, die man nicht übertreiben dürfe. Der päpſtliche Brief habe zu einer ſofortigen Bemerkung des franzöſiſchen Botſchafters gegenüber dem Kardinalſtaatsſekretär Gaſparri Veranlaſſung gegeben. Der franzöſiſche Botſchafter habe bemerkt, daß die Beſetzung des Ruhrgebiets faſt einſtimmig dem Wunſche Frankreichs entſprochen habe. Der Staatsſekretär habe den Brief erläutert, der nach ſeinen Erläuterungen im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen geſchrieben ſei. Der Papſt, ſo ſei erklärt worden, habe geglaubt, im Namen der Gerechtigkeit und der Karitas eingreifen zu müſſen für den Fall, daß die Schuldnernation Beweiſe ihres guten Willens gebe. In dieſem Falle, ſo habe der Kardinal hinzugefügt, müſſe die Zahlungsfähigkeit Deutſchlands geprüft und die Eventualität der Räumung des beſetzten Gebietes ins Auge gefaßt werden. Der franzöſiſche Botſchafter habe hierauf ſein Erſtaunen über eine kaum verhüllte Kritik der Politik Frankreichs zum Ausdruck gebracht und eine

Audienz beim Papſt

verlangt.

Der Heilige Vater gab unſerem Botſchafter die Verſicherung, daß er nur an den Geiſt der Gerechtigkeit und die Karitas im gegenwärtigen Augenblick habe appellieren wollen. Er ſei

von den Katholiken der ganzen Welt erſucht

worden, ſeine Stimme zu erheben. Der franzöſiſche Botſchafter habe die Rechte Frankreichs betont und auf die Gefahren der deutſchenn Propaganda im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden hingewieſen. Pius XI. habe erklärt, daß er den „verbrecheriſchen Widerſtand" formell nicht billige, er habe hinzugefügt, daß, wenn das Reich ſich nicht bald das Vertrauen ſeiner Gläubiger zu gewinnen ſuche, dann ſein Widerſtand keine Daſeinsberechtigung mehr hätte! Gaſparri habe den Kommentar des Papſtes beſtätigt.

Im Papſtbrief, fuhr Poincare fort, werde den Alliierten das Recht, Garantien zu fordern, zuerkannt, und man überlaſſe es ihnen, zu entſcheiden, welcher Art dieſe Garantien ſein werden. Die Theſe die der Papſt unterſtützt habe, nähere ſich denen gewiſſer Verbündeter

ſie ſei aber nicht die Frankreichs.

Dieſe Theſe ſei vielleicht bedauerlich aber man müſſe davon ohne Leidenſchaft und ohne Voreingenommenheit ſprechen, ſelbſt wenn man ſie nicht nur in dem Briefe des Papſtes, ſondern auch in den Zeitungen und offiziellen Mitteilungen der Verbündeten Frankreichs leſe. Der Papſtbrief beſtreitet übrigens nicht die Legitimität der Ruhrbeſetzung. Er ſtelle nur feſt, daß ſie für Deutſchland Laſten ſchaffe und rate Frankreich an, ſie zu erleichtern. Es bleibe beſtehen, daß der Papſt geglaubt habe, Frankreich politiſche Ratſchläge erteilen zu müſſen. Sie könnten keinen wirkſamen Einfluß ausüben. Es handle ſich dabei nicht um die Freiheit der katholiſchen Gläubigen, noch um eine Freiheit des Epiſkopats. Der Papſt habe keine Autorität in weltlichen Dingen.

Der Miniſterpräſident geht dann auf die geſchichtlichen Beziehungen der franzöſiſchen Könige zum Papſttum ein und führt fort, der Brief könne alſo

keine politiſche Bedeutung

haben und belaſte die Gewiſſen aller franzöſiſchen Katholiken in keiner Weiſe. Die franzöſiſche Regierung habe es nicht aus dem Grunde, weil der Papſt eine Meinung geäußert habe, die nicht der franzöſiſchen gleichkomme, für vernünftig gehalten, die Botſchaft beim Vatikan aufzuheben. Frankreich hebe ja auch die Botſchaften bei den Alliierten und Neutralen nicht auf, wenn ſie verlangten, man ſolle die Zahlungsfähigkeit Deutſchlands durch ſogenannte unparteiiſche Ausſchüſſe prüfen laſſen. Die Aufrechterhaltung einer Botſchaft ſei keine Belohnung dafür, daß ein Land das gut heiße, was Frankreich wolle. Er habe auch nicht geglaubt, den franzöſiſchen Botſchafter beim Vatikan abberufen zu müſſen. Die franzöſiſche Regierung habe den Papſt hinſichtlich der Ausführung des Verſailler Vertrages nicht belangt, auch nicht gebeten, einzugreifen, damit der paſſive Widerſtand aufhöre. Nach dieſer Richtung habe der Papſt aus eigener Initiative gehandelt. Die einzige Haltung, die Frankreich einzunehmen habe, ſei ſtark und einig bleiben, denn es gebe

keine Macht in der Welt,

die ihm das Recht entreißen könne, das ihm der Verſailler Vertrag zubilligt. Frankreich erſcheine heute gewiſſen Völkern, denen keine Gebiete verwüſtet worden ſeien, und die nicht auf Konto Deutſchlands 100 Milliarden vorgeſtreckt haben, ſo, als beabſichtigten einige Finanzleute, Konſortien zu bilden. Frankreich halte ſich, was die Feſtſtellung der deutſchen Zahlungsfähigkeit anbetreffe, an den Vertrag. Es ſei erſt nach der Feſtſtellung der deutſchen Verfehlungen ins Ruhrgebiet einmarſchiert,

ohne Annexionsgedanken und ohne ſtändige Beſetzung zu beabſichtigen.

Es ſei eingerückt, um ein Pfand zu beſitzen, Garantien zu erlangen und einen wirkungsvollen Druck auszuüben. Wir verlangen, ſo erklärte Poincare, vor allem, daß Deutſchland dieſen Widerſtand einſtellt und daß es die Anordnungen widerruft, daß es alſo einen offenen Beweis ſeines guten Willens gibt. Deutſchland ſteht es zu, die Beſetzung des Ruhrgebietes abzukürzen. Je raſcher Deutſchland bezahlt, deſto ſchneller werden wir uns zurückziehen. Dieſe Entſcheidung haben wir in Brüſſel zur Wahrung unſerer nationalen Intereſſen, um unſere verwüſteten Gebiete wieder aufzubauen und um unſere budgetäre Lage zu ſichern, getroffen. Wir ſind der Anſicht, daß wir im Rechte ſind und ich zweifle nicht, daß alle unſere Alliierten ſich von dieſer Wahrheit überzeugen werden. Wir werden alle Anſtrengungen unternehmen, um unſerem Rechte zum Siege zu verhelfen.

Es ſprachen dann noch die Abgeordneten Rollin, Graf Caſtelnat und der ſozialiſtiſche Abgeordnete Blum.

Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde wie gemeldet, mit 388 gegen 190 Stimmen angenommen.

*

Das Waſhingtoner Abkommen ratifiziert.

)(**Paris**, 7. Juli. **Die Kammer beſchäftigte ſich in der Nachmittagsſitzung mit der Diskuſſion des Geſetzentwurfes über die Ratifizierung eines Abkommens, das am 6. Februar 1922 in Waſhington über die Beſchränkung der Seerüſtungen abgeſchloſſen wurde, und ratifizierte das Abkommen ſchließlich mit 460 gegen 106 Stimmen.**

Arbeitskündigung im beſetzten Gebiet und Indexlöhne vor dem Reichstag.

377. Sitzung.

Berlin, 7. Juli 1923.

Kleine Vorlagen.

Die Novelle zum Notgeſetz, welche Beſtimmungen über die Entſchädigung der durch fremde Eingriffe beſchädigten deutſchen Privatvermögen enthält, wird nach kurzer Debatte in erſter und zweiter Leſung angenommen. Bis zur 3. Leſung, die auch noch im Laufe der Sitzung ſtattfinden ſoll, ſoll über die Wünſche, die dem Reichstag eine Mitwirkung bei dem Erlaß der Richtlinien einräumen wollen, eine Vereinbarung erzielt werden.

Das deutſch-niederländiſche Abkommen über die Zuſammenlegung der Grenzabfertigung im beiderſeitigen Verkehr wird in allen drei Leſungen angenommen, ebenſo das Geſetz über die Erhöhung des Notenumlaufs der Privatnotenbanken in Bayern, Sachſen, Württemberg und Baden. Bayern und Sachſen dürfen demnach bis zu 150 Milliarden Noten ausgeben, Baden und Württemberg bis zu 32 Milliarden Mark.

Die Getreidekredit-A.-G.

Im Laufe der weiteren Debatte begründet

Abg. Erſing (Ztr.)

einen Antrag, **demzufolge der Reichstag jede Beteiligung des Reichstages an der Getreidekredit A.-G. ablehnt.** Beamte oder Angeſtellte des Reiches dürfen in der Verwaltung dieſer Geſellſchaft nicht mitwirken und die Reichskredit A.-G. darf ihr keinerlei Darlehen oder Kredite gewähren.

Der Antrag iſt auch von den Mitgliedern der deutſchnationalen Partei, der deutſchen Volkspartei und der bayeriſchen Volkspartei unterſtützt.

Ueber den Antrag ſoll ſpäter namentlich abgeſtimmt werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)

iſt gegen den Antrag. Er erwartet vielmehr von einer Beteiligung des Reiches einen Druck auf den freien Getreidehandel im Intereſſe der Verbraucher.

Abg. Erſing (Ztr.)

ändert daraufhin ſeinen Antrag ſo ab, daß Reichskredite der Geſellſchaft nur unter der Bedingung gewährt werden ſollen, daß ſie Vertreter der Konſumenten in ihrer Verwaltung aufnimmt.

Abg. Gothein (Dem.)

betont, daß die Geſellſchaft ſich gar nicht mit Getreidehandel befaßt, ſondern nur mit der Kreditgewährung. Vertreter der Konſumenten könnten im Aufſichtsrat gar keinen nützlichen Einfluß ausüben. Redner beantragt nur, die Reichsbeteiligung abzulehnen, ohne aber der Reichskredit A.-G. die Gewährung von Darlehen an die Getreide-A.-G. zu unterſagen. Ein weiterer Antrag verlangt, daß Darlehen nur auf wertbeſtändiger Grundlage gegeben werden ſollen.

Der Geſetzentwurf, der den Privatverſicherungsunternehmungen die wertbeſtändige Anlage ihrer Gelder ermöglichen ſoll, wird in zweiter und dritter Leſung debattelos angenommen, ebenſo die Novelle zum Hypothekenbankgeſetz, welche die Umlaufsgrenze für Hypothekenpfandbriefe auf das 20-fache des Garantiekapitals erhöht.

Es folgt der Geſetzentwurf über die

Wiedereinſtellung und Kündigungen im beſetzten Gebiet.

Er gewährleiſtet den aus Anlaß der Ruhrbeſetzung Entlaſſenen ein geſetzliches Recht auf Wiedereinſtellung. Den Wiedereingeſtellten wird die Unkündbarkeit ihrer Stellung für 2 Monate geſichert. Für eine weitere Dauer der Ruhrbeſetzung wird eine Kündigungsſperre eingeführt. Die Beſtimmungen gelten für das beſetzte Gebiet und die Randgebiete des Einmarſchgebietes. Nicht nur die Privatarbeitnehmer, ſondern auch die öffentlichen Betriebe fallen unter den Schutz.

Nach einem Ausſchußantrag ſoll trotz der Kündigungsſperre eine Kündigung in den Fällen zuläſſig ſein, wo der Arbeitnehmer die Annahme einer anderen Stelle verweigert, die ihm billiger Weiſe zugemutet werden kann.

Ein Antrag Aufhäuſer (Soz.) und D. Fick (Dem.) verlangt die Aufhebung dieſes letzten Ausſchußbeſchluſſes.

Abg. Eckert (Ztr.)

ſtimmt der Vorlage im ganzen zu. Man dürfe aber keineswegs allgemein die Arbeiter als Träger des paſſiven Widerſtandes betrachten, ſondern dazu gehören auch die Unternehmer. Leider wird ſchon jetzt von den Unternehmern des unbeſetzten Gebietes verſucht, den Unternehmern des beſetzten Gebietes die Kundſchaft abzutreiben, mit dem Hinweis, daß ſie pünktlicher liefern könnten als die Firmen im Ruhrgebiet. Redner wendet ſich gegen einen ſozialdemokratiſchen Antrag, der die für die Schutzbeſtimmungen gegebenen Vorausſetzungen ſtreichen will, daß die Entlaſſung infolge der Ruhrbeſetzung erfolgt ſei.

Abg. Maltzahn (Komm.)

iſt gleichfalls für eine Ausdehnung auf das ganze Reich und beantragt die Streichung der Beſchränkung auf die Entlaſſungen, die infolge der Ruhrbeſetzung geſchehen ſind. Vor allem müßte die Regierung die Entlaſſungen der Eiſenbahnarbeiter zurücknehmen.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen durch die namentliche Abſtimmung über den Antrag Erſing (Ztr.) für die Getreide-A.-G. Sie ergibt ſeine Annahme mit 296 gegen 16 Stimmen mit dem Zuſatzantrag, daß nur wertbeſtändige Kredite gegeben werden ſollen.

Die Beratung des Kündigungsgeſetzes für die Ruhrarbeitnehmer wird dann wieder aufgenommen.

Abg. Bräunig (Soz.)

beantragt die Streichung eines Antrages, daß die Wiedereinſtellung nur für ſolche Entlaſſungen vorgeſchrieben werden ſoll, die wegen der Ruhrbeſetzung erfolgt ſind.

Ein Zentrumsantrag, der die Beamten und Staatsarbeiter aus dem Geſetz ausnehmen will, wird im Hammelſprung mit 150 gegen 129 Stimmen angenommen.

Zum § 3 beantragen die Sozialdemokraten die Streichung der Beſtimmung, daß eine Wiedereinſtellungspflicht nicht beſteht, wenn der Arbeitnehmer nachweislich nicht infolge der Ruhrbeſetzung ausgeſchieden iſt.

In namentlicher Abſtimmung wird mit 169 gegen 137 Stimmen die Streichung abgelehnt.

In § 6 wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommuniſten der Ausſchußbeſchluß geſtrichen, wonach eine Kündigung dann möglich ſein ſoll, wenn dem Arbeitnehmer eine andere Arbeitsſtelle nachgewieſen wird, deren Annahme ihm billigerweiſe zugemutet werden kann.

Im übrigen wird die Vorlage in der Ausſchußfaſſung in 2. und 3. Leſung angenommen.

Präſident Loebe

begrüßt die Annahme der Vorlage. Der Reichstag habe damit der Ruhrbevölkerung gezeigt, daß er ihrer nicht nur mit Worten gedenke, ſondern auch mit der Tat. (Beifall.)

Hierauf wird in 3. Leſung die zu Beginn der Sitzung zurückgeſtellte Ergänzung zum Notgeſetz mit dem Antrag Gothein angenommen, der dem Reichstag eine **Mitwirkung bei der Entſchädigungspflicht** ſichert.

Die Novelle zur **Reichsverſicherungsordnung**, die eine beſſere Anpaſſung an die Geldentwertung bringt, wird ebenfalls in allen drei Leſungen angenommen.

Angenommen wird ferner ein von der bürgerlichen Arbeitsgemeinſchaft und den Sozialdemokraten eingebrachter Geſetzentwurf, durch den die Wartezeit für den Bezug der Erwerbsloſenunterſtützungen auf drei Tage abgekürzt werden kann.

Es folgt die gemeinſame Beratung der zur

Lohn- und Währungsfrage

vorliegenden Anträge.

Ein ſozialdemokratiſcher Antrag verlangt ein Strafgeſetz zum Schutze der Währung. Mit Freiheits- und Geldſtrafen ſollen diejenigen belegt werden, die mit fremden Zahlungsmitteln und Edelmetallen Geſchäfte machen, durch die die deutſche Währung geſchädigt wird.

Ein weiterer ſozialdemokratiſcher Antrag verlangt auf Grund des Ermächtigungsgeſetzes eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeſtändigkeit für die Gehalts- und Lohnbezüge aller Arbeiter, Angeſtellten und Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden. Die jeweils vereinbarte Entlöhnung ſoll in ein beſtimmtes Verhältnis zur amtlichen feſtgeſtellten Kaufkraft der deutſchen Reichsmark (Lohnmeßziffer) gebracht werden und zu den Grundlöhnen ein Zuſchlag nach dem Verhältnis der auf dem Lohnindex wöchentlich ermittelten Minderung der Kaufkraft der Mark. Der Lohnindex ſetzt ſich zuſammen aus dem amtlichen Lebenshaltungsindex und einem mit den zuſtändigen Organiſationen zu vereinbarenden Meßfaktor, durch den die in der Lohnzahlungswoche zu erwartenden weiteren Preisänderungen Berückſichtigung finden. Für die Beamten und Staatsangeſtellten ſind dieſe Grundſätze ſinngemäß anzuwenden.

In dem 2. Abſatz fordert der Antrag die Anwendung des gleichen Index, um die Sozialrenten und Unterſtützungen wertbeſtändig zu geſtalten. 3. ſollen die zuſtändigen Stellen angewieſen werden, Tarifverträge mit Wertbeſtändigkeitsklauſeln für rechtsverbindlich zu erklären. 4. Für die Privatangeſtellten ſoll die mindeſtens 14tägige Gehaltszahlung eingeführt werden. Aufträge des Reiches ſollen nur an ſolche Firmen vergeben werden, die für ihre Arbeitnehmer die wertbeſtändige Entlohnung eingeführt haben.

Schließlich erſucht ein Antrag Marx (Ztr.) die Regierung, Vorkehrungen zu treffen, die bei dem Fortſchreiten der Geldentwertung eine ſchnelle und beſſere Anpaſſung der Gehälter und Löhne der in öffentlichen Dienſten ſtehenden Beamten, Angeſtellten und Arbeiter, ſowie der Bezüge der Sozialrentner und der ſonſtigen Unterſtützungsberechtigten vorſehen. Das Reichsarbeitsminiſterium ſoll die Durchführung ſolcher Vereinbarungen in der Privatwirtſchaft fördern und den Schlichtungsausſchüſſen Unterſtützung angedeihen laſſen und für die Verbindlichkeitserklärung ſolcher Anträge eintreten, ſofern die übrigen Vorausſetzungen für die Verbindlichkeitserklärung gegeben ſind.

Abg. Wiſſel (Soz.)

begründet die ſozialdemokratiſchen Anträge. Die Deviſenverordnung ſei von einflußreichen Wirtſchaftskreiſen bewußt ſabotiert worden. Die Regierung dürfe ſich aber nicht länger von den Führern der Wirtſchaft an der Naſe herumführen laſſen. Die jammervolle Entlohnung der deutſchen Arbeiter und Angeſtellten führe auch nach dem Zugeſtändnis der „Deutſchen Allg. Zeitung" zu einer Hemmung des tech-

---

Blinder Haß.

(15

Roman von Alfred Saſſen.

Nachdruck verboten.

Raſch mit einer Art von Anlauf, zu dem ſie ſich antrieb, ſtieg ſie die Treppe hinan. Droben im Flur freilich ſtand ſie, zurückbebend, ſtill. Wie eine Lähmung wollte es an ihr hinaufkriechen. Dort rechts die braune hohe Tür führte in das Zimmer, das Oskar ehemals bewohnt hatte — darin war er nun jedenfalls auch aufgebahrt worden.

Starr und kalt lag er im Sarg, er, der ſie noch vor wenigen Tagen aus ſeinen Augen voll glühender Leidenſchaft angeblitzt hatte. Nicht ein armes Fünkchen war zurückgeblieben von dieſer glühenden Leidenſchaft. Vorüber — alles vorüber!

An dieſen Sarg ſollte ſie nun treten — mit all den Stimmen in ihrer Bruſt, die ihr zuſchrien: „Hätteſt du auf jene Reiſe verzichtet, ſo lebte der Unglückliche noch!"

Und das Gleiche ſprach wohl auch der Mund der immer neu von zermalmenden Schickſalsſchlägen geprüften Blinden!

Sie mußte es hören — — es war ihr Gericht! ...

Sie ſchritt hin zur Tür.

Sie öffnete ſie.

Und zog ſie haſtig hinter ſich zu, aus dem erſchütternden Bild, das ſich ihr bot, bereit, eines zu erraffen wie mit hungernden und dürſtenden Augen! Jäh war ihr beim Betreten des Zimmers Anna Reinsdorfs Wort eingefallen: im Geſicht des Toten ſei Frieden! War es ſo?!

Sie meinte auf einmal, dann könne auch ihrer zerrütteten Seele ein Hauch des Friedens nicht verſagt bleiben!

Von der Schwelle ſchon ſchickte ſie das Auge und alles Begreifen hin zu dem bleichen Geſicht auf dem weißen Atlaskiſſen — — ja, ja, dieſe vollendeten Züge zürnten und drohten nicht mehr! Weichheit lag darüber ausgegoſſen — und eine Milde, wie ſie nie von dem Lebenden gekannt.

Ein Wunder war geſchehen, und das Wunder wirkte ein anderes!

Wie erlöſt kam ſich das junge Mädchen vor. Der Tote verdammte ſie nicht. Sie fühlte es. Er hatte ihr vergeben.

So war ihr nur noch die Blinde zur Richterin geſetzt. Und Rena ſah ſie an, dieſe Richterin.

Da freilich war es, als wollte eine machtvoll ſich hervorſtreckende Rieſenfauſt den köſtlich aufgegangenen Erlöſungsſchein in ihr wieder ausdrücken und das vorige Dunkel der Verzweiflung und Troſtloſigkeit heraufbeſchwören!

Wie ſah die Blinde aus! Nicht wie eine trauernde Mutter. Nein, nein, ganz, ganz anders! Ja, wie denn?!

Rena fragte ſich's in ihrer erſchauernden Seele, fand aber keine Antwort. Doch! Es ſah aus, als ſitze ſie und warte — — ja, worauf?

Auf ein Opfer.

Das junge Mädchen fand keine andere Auslegung dem Unheimlichen gegenüber, das aus dem Geſicht der Unglücklichen auf ſie einſprach. Es lag ſcheinbar die gewohnte ſteinerne Ruhe darüber, tot und leer ſtarrten die Augen wie ſonſt auch — aber das alles war nur wie eine Maſke — — etwas Ungeheuerliches mußte im nächſten Augenblick darunter hervorbrechen!

Rena wurde von wilder Furcht geſchüttelt und hätte am liebſten fliehen mögen.

Allein ſie mußte bleiben, und ſie vergaß urplötzlich auch ihre Furcht. Uebermächtig quoll ein anderes Gefühl in ihr auf, das ja doch das natürliche war —: Das unſägliche Mitgefühl mit dieſer ärmſten Frau und ärmſten Mutter, die vom Schickſal beraubt worden war, wie vielleicht nie zuvor eine andere ...

„Wer iſt da?" fragte jetzt die Blinde.

„Tante —" gleich einem Aufwimmern kam das Wort von den Lippen Renas, ſie ſtürzte hin zu der Unglücklichen und umfaßte ihre Knie.

„Steh' auf," gebot die alte Frau hart, „oder ich muß aufſtehen und hinausgehen aus dem Zimmer. Du wirſt mich aber wohl nicht vom Sarg meines Sohnes vertreiben wollen."

„Nein, nein," ſchrie das junge Mädchen zurückweichend auf und erhob ſich taumelnd.

„Du biſt zurückgekehrt. Was willſt Du hier?" fuhr die Blinde in dem gleichen, ehern harten Ton fort.

„Mit Dir trauern, Tante."

„Ha, ha, ha!"

Grell ſchallte das ſchneidende Lachen durch den ſtillen Raum. Mit einer erſchütternden Gebärde, als wolle ſie Verzeihung erbitten für dieſen Ausbruch, taſtete die Blinde nach dem offenen Sarg, nach den Händen des Toten. Dann ſprach ſie in gedämpfterem Ton: „Geh wieder. Ich bedarf Deiner nicht."

Schicke mich nicht fort, Tante — nicht ſo ſchicke mich fort!"

„Dein eigenes Gefühl ſollte Dich von dieſer Stätte ſcheuchen. Entweihung bedeutet Deine Gegenwart für ſie."

„Um aller Barmherzigkeit willen, Tante," flehte Rena, „kein ſolches Wort mehr — Du weißt nicht, wie es mir die Seele zerreißt!"

„Und die meine —?!" lohte es jetzt unheimlich in der Stimme der Blinden auf. „Glaubſt Du, ſie ſei nicht zerriſſen. Das Letzte, was mir noch angetan werden konnte, iſt mir durch den Tod meines Sohnes geſchehen! Nun bin ich ganz beraubt — zerſchlagen, nackt und bloß ſtehe ich da, kein Stecken und Stab leitet mich mehr in meiner Finſternis! Und wer tat mir auch dies Letzte, Bitterſte an? Meine Feinde, die Du kennſt, und mit denen Du Dich verbündet haſt! Um dieſes Bündniſſes willen aber iſt jede Brücke abgebrochen zwiſchen Dir und mir! Und wenn Du auch auch die Tochter meiner Schweſter biſt, wenn ich Dich auch geliebt habe wie mein eigenes Kind — ich kenn Dich nicht mehr! Noch einmal rufe ich Dir zu: Verlaſſe dieſen Raum, in dem ich meine Totenfeier halte! Du entweihſt ihn! Geh, geh, geh!"

Zu ihrer vollen majeſtätiſchen Größe aufgereckt, ſtand die Unglückliche da, mit den machtvoll drohenden Gebärden einer zürnenden, blinden Prophetin.

Die Schauer, die von ihr ausſtrömten, drängten wirklich, wie mit unwiderſtehlicher Gewalt, die arme Rena zur Türe hin. Da aber klammerte ſie ſich mit beiden Händen feſt und rief: „Tante, Tante, ich begreife ja, daß Dir in Deiner ſchrecklichen Nacht meine Handlungsweiſe ſchwarz und undankbar erſcheinen muß, daß Du mir die Schuld an dem jähen Tode Oskars zuweiſeſt —"

Das junge Mädchen raffte ſich zu einer verzweifelten Energie zuſammen.

Nicht laut, aber voll unerſchütterlicher Beſtimmtheit erklang ihre Stimme: „Und ich gehe nicht! Schmähe mich, ſoviel Du willſt! Schlage mich — ich will es tragen und dulden. Aber ich bleibe. Es iſt meine Pflicht, zu bleiben, über Dir zu wachen, deine Schritte zu behüten! Tante, ſtoße mich nicht von Dir! Es wären nutzlos. Du würdeſt mich doch immer wieder in Deinem Weg finden! Die Hoffnung ſoll mich aufrecht erhalten, daß ſich Dein Zorn und Haß endlich mildern werden —"

„Nie — nie!"

„Ich glaube nicht an die Ewigkeit des Haſſes — ich glaube nur an die Ewigkeit der Liebe!"

„Der Liebe," wiederholte die Blinde hohnvoll, „ja freilich, daran mußt Du glauben —"

„Still, ſtill, Tante," fiel Rena beſchwörend ein. „Nichts davon! Bleibe groß in Deinem Zorn und Haß, wenn Du ſchon zürnen und haſſen mußt! Aber ſprich kein kleines, Deiner unwürdiges Wort aus — kein Wort, das Du ſpäter ſelbſt als einen Stachel in Deiner armen, wunden Seele empfinden würdeſt! ... Ich ſehe, es iſt jetzt nicht möglich, auch nur die armſeligſte Verſtändigung zwiſchen uns anzubahnen — ſo muß ich warten. Still will ich mich in einen Winkel ſtellen, Tante, und meiner Stunde harren. Ich meine, ſie muß kommen, denn —"

Sie hielt inne — wie auf einmal des Atems beraubt.

Was ging in der Blinden vor? Etwas Lauerndes war in ihren Zügen, in ihrer ganzen Haltung, etwas Unbeſchreibliches —, es ſchattete zu dem jungen Mädchen hin gleich rieſengroßen, ſchwarzen Flügeln, die ſich, ihr Licht und Luft raubend, auf ſie niederſenken wollten.

An ihrem ſtockenden Herzſchlag glaubte ſie zu fühlen, daß die Tante erſt jetzt wahrhaft über ſie zu Gericht ſitzen und ſie in dieſem Gericht vernichten würde.

Ja, jetzt mußte gleich die Maſke von dem ſtarren Geſicht fallen — das Ungeheuerliche darunter hervorbrechen — —

„Gut denn," ſagte die Blinde auf einmal in einem leiſen, aber meſſerſcharfen Ton, „ich will Dir geſtatten, daß Du in meinem Hauſe bleibſt — aber nur unter einer Bedingung —"

„Nenne — dieſe — Bedingung —"

Widerſtrebend faſt, nur durch die Gewalt des Willens hervorgeſtoßen, kamen dieſe Worte über die Lippen des jungen Mädchens.

Mit einer gewiſſen Haſt, als vermöge ſie eine brennende Erwartung in ſich kaum zu zügeln, ſprach die Blinde weiter: „Durch Oskars frühen Tod biſt Du frei geworden. Verſprich mir, dieſe Freiheit nicht auszunützen — in einem Sinne nicht. Schwöre mir zu, daß Du niemals dem Sohne Walter Hüttichs angehören wirſt — nie und nimmermehr — auch nach meinem Tode nicht!"

Nur mit halbem Ohr hörte Rena die haßgeſättigte Forderung der Tante.

Dafür brach es aus den Worten jäh über ſie herein wie eine große-, ſtrahlende Helle. Ganz erfüllt von der entſetzensvollen Trauer über den plötzlichen Todesfall, in ihrem vollen Empfinden hingenommen von unſäglichem Erbarmen mit der ſo beiſpiellos betroffenen Blinden, war es ihr noch gar nicht zum Bewußtſein gekommen, das Große, Köſtliche, daß ſie frei ſei!

Ja, groß und köſtlich mußte ſie es in ihrer ſchwachen Menſchlichkeit gerade jetzt empfinden, da ſie ſich an den Rand der Verzweiflung getrieben ſah.

Frei — frei!

Blitzſchnell erhoben ſich in ihrer Seele die ſchmerzlich ſeligen Stunden, die ſie in Davos am Krankenbett des Geliebten verlebt! Wie hatte er zu ihr geſprochen? „Wir ſehen uns wieder — ich weiß, ich fühl' es!"

(Fortſetzung folgt.)

* **Dahlerbrück**, 7. Juli. Seit einigen Tagen ist auch das Becken der Glörtalsperre gefüllt. Das Wasser schießt durch die Durchlässe in der Mitte der Sperrmauer hinab und fällt in schönem Sturzbach in das am Fuße der Mauer befindliche Becken, um dann in ruhigem Fluß in dem idyllischen Tal der Glör der Volme zuzueilen. Besonders von dem Waldweg aus auf den Höhen der südlichen Talseite gewährt die Sperre mit den Wasserkaskaden einen schönen Anblick. Die Sperre ist augenblicklich das Ziel vieler Wanderer und Ausflügler.

* **Münster**, 6. Juli. Der 20jährige Dienstmädchen Klara Groß aus Magdeburg ist am Samstag abend, als ihre Herrschaft in der Wohnung nicht anwesend war, unter Mitnahme von Gold-, Schmucksachen und Bekleidungsstücken im Werte von 35 Millionen Mark verschwunden. Das Mädchen ist aus einem hiesigen Stift gekommen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei dem Mädchen um eine gewerbsmäßige Diebin handelt, die ab und zu bei Schwestern in Stiften Unterkunft sucht, um dann von Zeit zu Zeit für kurze Dauer Stellung bei Herrschaften anzunehmen, mit der Absicht, diese zu bestehlen.

* **Hamborn**, 8. Juli. Die Firma Stahlwerk Hones Remscheid läßt im Stadtteil Neumühl eine neue großzügige Industrieanlage errichten. Es handelt sich um den Bau eines Edelstahlwerkes, das mit den neuesten technischen Einrichtungen versehen sein soll. In drei großen Werkhallen wird ein Feinschmelz-, Stahl- und Hammerwerk eingerichtet. Das neue Werk wird auf dem Gelände zwischen der Buschhausener- und Holtenstraße und dem Eisenbahndamm der Reichsbahnstrecke Hamborn-Neumühl erbaut.

* **Bonn**, 6. Juli. Eine wahre Geschichte wird in der Deutschen Reichszeitung erzählt: Ein Handwerksmeister setzte sich nach einem arbeitsreichen Leben 1911 zur Ruhe. Er verkaufte sein Geschäft, legte den Erlös in Hypotheken an, indem er einer Siedlungsgesellschaft von Angestellten und Arbeitern acht Häuser zu je 12 000 Mark belieh und in Gold auszahlte. Vor einigen Wochen erschien der Obmann, um die aufgekündigten Summen zurückzuzahlen; er legte ein Zwanzigmarkstück auf den Tisch, das nach dem damaligen Goldkurs der Reichsbank 120 000 Mark wert war, und verlangte 24 000 Mark heraus. Der Gläubiger war dazu nicht imstande. Die Arbeit eines ganzen Menschenlebens war nicht mit einem einzigen Goldstück aufzuwiegen!

Vergessen Sie nicht!

vor Antritt Ihres Urlaubes ein Ferien-Abonnement auf die Gelsenkirchener Zeitung zu bestellen. Die tägliche Zusendung durch Streifband kostet nach allen Orten Deutschlands (Bezugsgeld und Porto)

pro Tag 1500 Mark

Verlag der Gelsenkirchener Zeitung

Gerichtliches.

II **Essen**, 7. Juli. In Schonnebeck, Rotthausen und vor allen Dingen bei Geschäftsleuten, in Gelsenkirchen waren längere Zeit hindurch Einbruchsdiebstähle verübt worden. Der Kriminalpolizei gelang es nach und nach, die Einbrecher, die eine ganze Bande bildeten, zu ermitteln. Die Essener Strafkammer verurteilte in der Folgezeit die Diebe zu empfindlichen Freiheitsstrafen. Einer der Haupttäter der Einbrecherbande war der berufslose Albert Klagk aus Rotthausen, ein junger Bursche von kaum 22 Jahren. Er erhielt s. Zt. eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten. Der Angeklagte betrieb in der Folgezeit das Wiederaufnahmeverfahren, indem er behauptete, an einem der Einbruchsdiebstähle nicht beteiligt gewesen zu sein, wie es die Essener Strafkammer irrtümlicherweise angenommen hatte. Es gelang ihm durchzusetzen, daß das Oberlandesgericht Hamm in diesem Einzelfalle das Urteil aufhob und eine anderweitige Verhandlung vor der Essener Strafkammer anordnete. In der erneut durchgeführten Verhandlung brachte der Angeklagte Zeugen bei, die bekunden sollten, daß der Angeklagte zur Zeit der Ausführung des fraglichen Einbruchsdiebstahls sich in ihrer Gesellschaft aufgehalten hatte. Die Diebesbeteiligung ließ sich auf Grund der Zeugenaussagen nicht mehr einwandfrei feststellen, so daß der Angeklagte in dem fraglichen Falle nur wegen Hehlerei verurteilt wurde. Dementsprechend erkannte die Strafkammer in diesem Falle auf eine Einzelstrafe von 6 Monaten Gefängnis und ermäßigte die Gesamtstrafe auf 3 Jahre 4 Monate Zuchthaus.

Vermischtes.

Zündsteine.

Die Verwendung des Zers zu Zündsteinen ist verhältnismäßig jungen Datums. 1903 entdeckte Welbach, daß gewisse Mischungen seltener Erden beim Feilen glänzende Funken gaben, die brennbare Gase entzünden konnten. Man probte nun einzelne Mischungen aus, bis man das günstigste Verhältnis gefunden hatte. Es ist derselbe Vorgang wie beim Stahl, nur daß beim Zer der Funke viel leichter erzeugt wird. Ueber die wissenschaftliche Erklärung dieser Erscheinung sind schon verschiedene Theorien aufgestellt worden, die sich aber widersprechen und in der Praxis nicht bestätigt worden sind. Das Zer wird jetzt zumeist aus den Rückständen des Monazits bereitet, die sich bei der Herstellung der Glühstrümpfe in großer Menge ergeben. Während früher die Feuersteine, die ¼ Gramm Zer enthielten, lediglich als ein wissenschaftliches Spielzeug betrachtet wurden, sind sie jetzt in allen Ländern mit Zündholz-Monopol oder hohen Zündholzsteuern, d. h. mit teuern und schlechten Zündhölzern, sehr begehrt.

Oel- und gasmotorische Zugförderung.

Von Oberwerftdirektor Teuffaimt, Kiel.

Die am meisten genannte Oellokomotive, die Diesellokomotive, wurde im Laufe der letzten 10 Jahre von einer Reihe von namhaften Firmen gebaut, konnte sich aber bis zur Stunde noch nicht in dem Maße durchringen, um in größerer Zahl Eisenbahnbetriebe zu übernehmen. Wenn wir bedenken, daß der Wirkungsgrad der Dampflokomotive zwischen Brennstoff und Antriebsrad 6 bis 10 Prozent und bei der Diesellokomotive bis zu 28—30 Prozent kommt, muß es verwunderlich erscheinen. Der Dieselmotor ist von Natur aus ein schwerer, komplizierter und teurer Motor, und stellt an seine Artung hohe Ansprüche, seine Höchstumdrehungszahl ist beschränkt, er eignet sich nur als Großmotor für schwere Lokomotiven. Im Handelsschiffbau wird bei Verwendung von Dieselmotoren gegenüber der Dampfmaschine die Rentabilität um 30—50 Prozent gesteigert. Durch das Fehlen der Dampfkessel gewinnt das Schiff erheblich an Laderaum, das Brennstoffgewicht sinkt auf ein Drittel des Kohlengewichts; die hohen Umdrehungen des Motors beim Anlassen stören nicht, da der Propeller im Wasser einen elastischen Widerstand findet. Bei der Diesellokomotive hingegen fallen zum Teil diese Vorteile. Für die Lokomotive sind die Rohölpreise meistens höher als für die Schiffe. Es ist schwierig, das gleiche Gewicht einzuhalten. Raumersparnis kommt nicht in Frage. Der elastische Widerstand beim Anfahren fehlt. Man muß wegen der hohen Anlassungszahl des Motors ein elastisches Zwischenglied einschalten, um den Zug langsam in Bewegung zu setzen. Man verwendet heute als elastisches Zwischenglied die elektrische Kraftübertragung, die hydraulische Uebertragung, die Uebertragung mittels Zahnrädern und Reibungskuppelungen und mittels komprimierter Luft. Am besten für die Uebertragung erscheint die Verwendung eines Hilfsdieselkompressors, der gleichzeitig als Antriebsmaschine in Frage kommt. Wegen der Herstellungskosten dieser Maschine und des Preises für Rohöl ist diese allerdings in Europa noch nicht zur Ausführung gekommen.

Ein zweiter Weg, das Problem der Oellokomotive zu lösen, ist die Verwendung von Vergasermotoren. Wenn auch der Vergasermotor, einen wesentlichen ungünstigeren thermischen Wirkungsgrad hat als der Dieselmotor, so ist er doch wegen seiner Eigenschaft, hohe Umdrehungen gut zu vertragen mit den daraus entspringenden geringeren Gewichten und Selbstkosten nicht von der Hand zu weisen. Diese Motoren sind schon in einer größeren Zahl in Betrieb. In Hadersleben z. B. laufen 9 solcher Wagen mit Benzinmotoren von 100 PS, sie fahren mit 1—2 Anhängern, wobei die Betriebskosten auf die Hälfte gegenüber dem Dampflokomotivenbetriebe gesunken sind. Infolge ihres geringen Gewichts werden auch die Bahnunterhaltungskosten geringer. Diese Lokomotiven erreichen bis jetzt eine Geschwindigkeit bis zu 85 Kilometer. Es ist aber fraglich, ob sie bei entsprechenden Maßnahmen ohne weiteres auf 100 Kilometer die Stunde gebracht werden können.

Zur Konstruktion der Wagen ist im besonderen zu bemerken, daß Drehgestelle, Maschinenanlage und Wagenkasten als Einzelstücke ausgeführt sind und bei der Montage nur ineinander gesteckt zu werden brauchen, wodurch die Auswechslung der Maschine in 2 Stunden möglich geworden ist. Der Benzinverbrauch mit 1 und 2 Anhängern beträgt pro Kilometer auf der Haderslebener hügeligen und kurvenreichen Strecke im Mittel 425 Gramm. Der Benzolverbrauch ist etwas geringer. Die bis jetzt auf dem Versuchsstand erzielten Resultate mit Petroleumbetrieb ergeben ähnliche Zahlen, wodurch die Brennstoffkosten auf die Hälfte verringert werden, bei Rohöl erwarten wir ein Fünftel der Kosten. Die Wagen haben Zahnräderübersetzung und Lamellenkuppelungen, durch die ein zartes Anfahren, ähnlich wie wir es bei den Dampflokomotiven kennen, erreicht wurde. Der Motor wird elektrisch vom Führerstand aus angelassen. Die Rückwärtsfahrt geschieht durch Einschaltung eines im Zahnrädergetriebe-Kasten liegenden Zwischenrades, wodurch der Wagen bei der Rückfahrt nicht umgedreht zu werden braucht. Der Führerstand ist immer auf der vorderen Plattform, ähnlich wie bei den elektrischen Straßenbahnwagen, womit auch der sogenannte Einmannwagen verwirklicht werden kann und jede weitere Hilfskraft auf einem Wagen unnötig wird.

Für die ersten Wagen mit Sauggasbetrieb wurden Generatoren von Riebaum und Gutenberg verwendet, die sich gut bewährt haben.

Mit der Verwendung von Treibölen im Lokomotivmotor und von Koks in der Sauggas-Lokomotive ist das Ideal der Wärmewirtschaft verwirklicht.

Turnen * Sport * Spiel.

Pferdesport.

* **Gelsenkirchen**, 8. Juli. Wohl fand dieses erste Sommerrennen bei schönem Wetter statt, das viele Tausende zum Flugplatz angelockt hatte. Jedoch wurde die Erwartung für den Eröffnungstag getäuscht. An Stelle der in der Vorschau angekündigten großen Felderbesetzung, fand man nur eine geringe Besetzung, obgleich für die einzelnen Rennen eine Reihe von Unterschriften vorlagen. Ebenso ungünstig fielen auch die Quoten aus, so daß dieser erste Renntag gerade nicht allzusehr die Sportlust begünstigte. Interessant war das Rennen der zweijährigen Traber, aus dem Matrose (Fahrer Teßmann) als Sieger hervorging. Einen scharfen Kampf brachte das internationale Rennen, das Abgott (Fahrer Nußbaum) gewann. Interessant war das Rennen um den Preis von Mühldorf, den Mara Santro nur mit Kopflänge vor Annemarie erhielt. Das letzte Rennen war insofern von Bedeutung, als Lonpino als zweiter eine Quote von 81 : 10 brachte. Die Resultate der einzelnen Rennen sind folgende:

1. **Preis von Straubing** (2 500 000 Mk. — 2200 Mtr.). 1. Estiva (Fahrer Harms), 2. Drachme Kuser, 3. Mara Santro. Tot.: Sieg 16 : 10, Platz 11, 15, 11 : 10.

2. **Neulings-Rennen** (1 250 000 Mk. — 1000 Mtr.). 1. Matrose (Fahrer Teßmann), 2. Erni Emigre, 3. Pfirtoch. Tot.: Sieg 14 : 10, Platz 11, 16, 14 : 10.

3. **Preis von Passau** (2 500 000 Mk. — 2300 Mtr.). 1. Peri (Fahrer Hackenberg), 2. Prinz Max. Tot.: Sieg 21 : 10, Platz 18, 18 : 10.

4. **Preis von Regensburg** (4 000 000 Mk. — 2300 Mtr.). 1. Taubenperle (Fahrer Voß), 2. Oderbrücher. Tot.: Sieg: 27 : 10, Platz 14, 12 : 10.

5. **Preis von Daglfing** (1 500 000 Mk. — 2400 Mtr.). 1. Abgott (Fahrer Nußbaum), 2 Homunkulus. Tot.: Sieg 19 : 10, Platz 12, 12 : 10.

6 **Preis von Mühldorf** (2 500 000 Mk. — 2200 Mtr.). Mara Santro (Fahrer Sterbut), 2. Annemarie, 3. Fürst. Tot.: Sieg 16 : 10, Platz 10, 10 : 10.

7. **Preis von Pfarrkirchen** (2 500 000 Mk. — 2400 Mtr.). 1. Dr. Attinger (Fahrer Linnemann), 2. Lonpino. Tot.: Sieg 17 : 10, Platz 14, 81 : 10.

Handel und Gewerbe.

Amtliche Devisenkurse.

	7. Juli		6. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gulden .	68827½	69172½	68827½	69172½
Belgien 1 Frank .	8628,—	8672,—	8628,—	8672,—
Italien 1 Lire .	7531,—	7569,—	7531,—	7569,—
England 1 Pfd. St. .	798000	802000	798000	802000
Amerika 1 Dollar .	175560	176440	175560	176440
Frankreich 1 Frank .	10274,0	10326,0	10276,0	10324,0
Schweiz 1 Frank .	30324	30476	30324	30476
Dtsch.-Oest. 100 Kr. .	259,35	260,65	249,37	250,63

Berliner Börsenbericht.

✗ **Berlin**, 7. Juli. Da die Nachfrage nach Devisen aller Art und Banknoten in unverhindertem Grade anhält, war es der Reichsbank nur bei abermaligen scharfen Repartierungen, die sich zwischen 5 und 25 Prozent und Nebenplätzen bewegten, möglich, die Devisenkurse auf dem gestrigen Stande zu halten. Für nordische Plätze mußten jedoch Erhöhungen vorgenommen werden. Für Effekten scheint nach Auskünften von verschiedener Seite mit einem Andauern der Nachfrage und damit auch der festen Stimmung zu rechnen zu sein.

Berliner Produktenbericht.

Ⓦ **Berlin**, 7. Juli. Die außerordentliche Festigkeit des Produktenmarktes hielt auch heute an. Bei der geringen Zuteilung für die Hauptdevisen können keine Importgeschäfte abgeschlossen werden, trotzdem die Auslandsforderungen weit unter den deutschen Getreidepreisen stehen. Der dringende Bedarf bleibt daher fast vollständig auf das winzige und von Tag zu Tag abnehmende Inlandsangebot angewiesen. Bei diesen Zuständen und zum Teil gerade durch sie veranlaßt, tritt der Konsumbedarf in Weizen- und Roggenmehl dringend und augenscheinlich über den laufenden Bedarf hinaus täglich mit Kaufaufträgen an den Markt, wobei, um Ware zu erhalten, die Gebote willig erhöht werden. Der Handel sucht sich ebenso wie die Müllerei ebenso demgegenüber einzudecken. Diese Umstände veranlassen die anhaltende tägliche Steigerung der Getreidepreise. Auch für Gerste und Hafer und alle anderen Erzeugnisse bestand bei steigenden Preisen dringende Verbrauchsnachfrage.

Neuregelung der Devisenabgabe durch die Reichsbank.

* **Berlin**, 8. Juli. Die Reichsbank wird in Zukunft nur Devisen abgeben, wenn ihr der ursprüngliche Auftraggeber, mit anderen Worten derjenige, welcher letzten Endes Devisen zur Zahlung für erlaubte Zwecke gebraucht, bei der Auftragserteilung genannt wird. Soweit die ursprünglichen Aufträge an Devisenbanken erteilt werden, müssen diese bei Weitergabe ihrer Orders an die Reichsbank, an andere Devisenbanken oder an Makler den ursprünglichen Auftraggeber und seinen Wohnsitz entweder ohne weiteres bezeichnen oder ihrer Ordre einen Meldezettel, aus dem der Betrag der Order, ferner Namen und Wohnsitz des Auftraggebers einwandfrei hervorgehen, in einem geschlossenen Umschlage, worauf die Auftragsbeträge verzeichnet stehen, beilegen. Die Reichsbank sieht sich zu dieser Maßnahme genötigt, nachdem sie die Erfahrung gemacht hat, daß Auftraggeber in Erwartung von Repartierungen bei der Devisenzuteilung vielfach weit höhere Beträge in Auftrag geben, als der wirkliche Bedarf es rechtfertigt. Die Bekanntgabe des ursprünglichen Auftraggebers wird die Reichsbank in den Stand setzen, sofort entsprechende Erhebungen anzustellen. Selbstverständlich haben Auftraggeber, die etwa in der genannten Weise verfahren und dadurch gegen den Sinn der Bestimmungen des § 5 der Devisenordnung vom 8. Mai 1923 (Reichsgesetzbl. S. 275) verstoßen, entsprechende Bestrafung zu erwarten.

*

Die Großhandelspreise im Juni und Anfang Juli.

* **Berlin**, 8. Juli. In fortschreitender Anpassung an die akute Markentwertung ist das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Amtes des Reiches vom 8170fachen des Friedensstandes im Durchschnitt Mai auf das 19385fache oder um 137 Prozent im Durchschnitt Juni emporgeschnellt. Der Dollar wurde im Durchschnitt Mai mit 47 670 Mark, im Durchschnitt Juni bei vorübergehender Senkung in der zweiten Hälfte des Monats mit 109 996 Mark oder um 181 Prozent höher bewertet. Dieser Bewegung folgten die Einfuhrwaren mit einer Steigerung vom 13 601fachen auf das 31 166fache oder um 129 von Hundert.

Im einzelnen stiegen: Getreide und Kartoffeln vom 5588fachen auf das 13 225fache, Fette, Zucker, Fleisch und Fische vom 7685fachen auf das 16 511fache, Kolonialwaren vom 11 368fachen auf das 25 412fache, Lebensmittel zusammen vom 6335fachen auf das 14 840fache oder um 134 Prozent, ferner Häute und Leder vom 12 351fachen auf das 29 776fache, Textilien vom 17 185fachen auf das 39 081fache, Metalle, Kohlen und Eisen vom 10 087fachen auf das 24 980fache, Industriestoffe zusammen vom 11601fachen auf das 27 882fache oder um 140 Prozent. Anfang Juli dauert mit der Markentwertung die Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft fort.

Am Stichtag des 3. Juli erreichte die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise das 33 828fache des Friedensstandes. Das bedeutet gegenüber dem Stande vom 25. Juni (24 618fache) eine Erhöhung um 37 Proz. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel unter dem Einfluß der Preishausse am Getreidemarkte vom 18 730fachen am 25 Juni auf das 29 597fache oder um 58 Prozent, die Industriestoffe gleichzeitig vom 25 624fachen auf das 31 051fache oder um 38 Prozent und die Einfuhrwaren vom 35 410fachen auf das 47 714 fache oder um 35 Prozent.

*

Phönix A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Düsseldorf.

Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 500 auf 600 Millionen und die dazu erforderlichen Satzungsänderungen gegen 170 Stimmen, die von 2 Aktionären vertreten wurden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß die Mitglieder des Aufsichtsrates, die infolge der Verkehrssperre in der Generalversammlung nicht erscheinen konnten, ihr Amt niedergelegt hätten. Antragsgemäß wurden diese Mitglieder wiedergewählt. Dann beantragte der Aktionär Dr. Tenhaeff die Versammlung zu vertagen, da ebenso wie die Aufsichtsratsmitglieder auch viele Aktionäre nicht in der Lage gewesen seien, der Einladung zur Generalversammlung Folge zu leisten und der Verlauf der Versammlung ein falsches Bild ergeben könne. Die Vertagung wurde gegen die Stimmen des Aktionärs abgelehnt. Der Vorsitzende gab einen Ueberblick über die Vorgeschichte des Vertrages mit den holländischen Banken und erklärte, daß man zu den bisherigen Meldungen, die darüber veröffentlicht worden seien, nicht habe Stellung nehmen können, weil darüber bis dahin noch mit den holländischen Banken Verhandlungen geschwebt hätten. Er begründete die Notwendigkeit dieses Vertrages damit, daß infolge der passiven [illegible], in der sich der Phönix seit Monaten befinde, seine Schulden außerordentlich angewachsen seien, denen nur Beträge von zweifelhaftem Wert gegenüberständen. Um die Arbeiter nicht auf die Straße zu setzen, sei die Produktion aufrechterhalten worden, ohne daß indessen für die Erzeugnisse ein entsprechender Absatz vorhanden war. Es handele sich jetzt darum, große Geldmittel zu schaffen, um für später voll gerüstet zu sein. Dafür seien verschiedene Wege in Betracht gekommen. Einmal hätte man junge Aktien ausgeben können, aber nur mit sehr hohem Bezugsrecht, daß ein Teil der Aktionäre sie nicht hätte beziehen können. Der Preis hätte vielleicht 3—4 Millionen Mark betragen.

Der zweite Weg eines großen deutschen Kredites sei an dessen Höhe und an der Länge der Zeit, die dazu erforderlich gewesen sei, gescheitert. Man habe daher von einer holländischen Bankengruppe durch holländische Freunde des Phönix einen langjährigen großen Kredit geschaffen und den Plan, der diesem Kredit zur Grundlage diene, nach allen Seiten auf die deutschen Interessen hin geprüft. Auch die amtlichen deutschen Stellen haben erklärt, daß das deutsche Interesse gewahrt sei und daß keine Kapitalabwanderung nach dem Auslande bei dieser Maßnahme vorliege. Ebenso seien auch die Interessen der deutschen Aktionäre vollständig berücksichtigt, zumal ja die Mehrheitsverhältnisse blieben.

Ueber die Einzelheiten des Vertrages führte der Generaldirektor folgendes aus: Die holländische Bankengruppe verschaffte dem Phönix einen Kredit bis zu zehn Millionen Gulden für fünf Jahre, der mit ein Prozent über dem holländischen Diskontsatz zu verzinsen und für den eine jährliche [illegible] von ein Prozent zu zahlen sei, die aber [illegible] werden kann. Der Kredit wird erst fällig nach Ablauf der Kontraktion. Der [illegible] — das heißt, wenn die Verhältnisse im [illegible] sich geklärt haben — darf nur zu [illegible] verwandt werden. Die Vorzugsaktien werden an Aktionäre des Phönix und holländische Banken abgegeben, so daß der Phönix einen [illegible] die holländische Gesellschaft haben wird, während die [illegible] an die holländische Gruppe gehen. Die neuen Aktien dürfen nur zur Befriedigung der Kreditgeber — falls der Kredit notleidend wird — zur Deckung des Kapitalbedarfs des Phönix zu [illegible] dem Phönix stets nur im Wege des [illegible] oder schließlich zur Gewährung eines Bezugsrechtes an die Phönix-Aktionäre verwandt werden. Die holländische Gruppe ist verpflichtet, ein Bezugsrecht zu gewähren, entweder auf die Phönix-Aktien im Verhältnis von 1 zu 1 oder auf die Aktien der holländischen Gesellschaft im Verhältnis von 1 zu 1, das heißt, eine Stammaktie zu 10 Gulden für 10 Phönix-Aktien. [illegible] Verwaltung des Phönix vereinbart. [illegible] Nach kurzen Auseinandersetzungen mit dem Aktionär Tenhaeff, der die Frage der Verwaltung bekämpfte, wurde diese in allen gegen 170 Stimmen zweier Aktionäre genehmigt. Die Beantwortung der Anfrage Tenhaeff nach der Verwendung der aus der letzten Kapitalserhöhung verbliebenen 25 Millionen neuer Aktien, lehnte die Verwaltung ab, weil das nicht auf der Tagesordnung stehe.

*

Neue Richtpreise des Deutschen Stahlbundes.

* **Berlin**, 6. Juli. In der Beratung zwischen den Vertretern der Erzeugerwerke, des Großhandels, der Verbraucher und Arbeitnehmer, wurden generell folgende ab 6. Juli gültige Richtpreise (Werkgrundpreise) für Halbzeug und Walzeisen für 1 Kilogramm mit den bekannten Frachtgrundlagen beschlossen, wobei für die oberschlesischen Werke sowie die Thomaswerke im unbesetzten Gebiete noch besondere Preisbestimmungen getroffen wurden.

Die Preise für Thomas-Handelsgüte ergaben die Erhöhung der bisherigen Richtpreise um 31,2 Prozent. Die Preise betragen für Rohblöcke und für Thomas-Handelsgüte 4487 Mk., für Siemens-Martin-Handelsgüte 4768 Mk., Vorblöcke 5012 bezw. 5376 Mk., Knüppel 5341 bezw. 5729 Mk., Platinen 5524 bezw. 5924 Mk., Formeisen 6262 bezw. 6655 Mk., Stabeisen 6300 bezw. 6700 Mk., Universaleisen 6782 bezw. 7228 Mk., Bandeisen 7733 bezw. 8169 Mk., Walzdraht 6698 bezw. 7126 Mk., Grobbleche 5 Millimeter und darüber 7096 bezw. 7562 Mk., Mittelbleche 3 bis unter 5 Millimeter 7952 bezw. 8428 Mk., Feinbleche 1 bis unter 3 Millimeter 9301 bezw. 9777 Mk., Feinbleche unter 1 Millimeter 10 234 bezw. 10 666 Mk. Für die Ueberpreise ergibt sich ein Zuschlag von 30 000 Prozent auf die Marksätze der bekannten Ueberpreislisten.

Vulkanwerke Hamburg und Stettin A.-G.

* **Berlin**, 8. Juli. Die Vulkanwerke Hamburg und Stettin A.-G. berufen auf den 30. Juli eine außerordentliche Generalversammlung ein, welche unter Erhöhung des Stammaktienkapitals von 15 000 000 auf 50 000 000 Mk. zu beschließen haben soll. Neben der notwendig, der Geldentwertung entsprechenden Stärkung der Betriebsmittel sind Ergänzungen der Werkanlagen in Aussicht genommen. Im letzten Jahresbericht wiesen die Vulkanwerke auf die Wichtigkeit der ihnen geschützten Vulkan-Kuppelung hin, eine hydraulische Kuppelung nach den Prinzipien des Föttinger Transformators eingeschaltet zwischen dem Dieselmotor und dem Zahnradgetriebe. Die Verwertung verlangt den Bau eines größeren Demonstrationsschiffes für eigene Rechnung, wofür die Mittel zu beschaffen sind. Den Aktionären soll ein Bezugsrecht von 3 : 1 zum Kurse von 10 000 Proz. zuzüglich der Bezugsrechtssteuer eingeräumt werden.

R. Wolf A.-G., Magdeburg.

* **Magdeburg**, 8. Juli. In der Aufsichtsratssitzung der R. Wolf A.-G. wurde beschlossen, der Ende August einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach Ueberweisung einer Milliarde an ein [illegible] und nach Abschreibung sämtlicher Grundstücke, Maschinen und Anlagen auf 1 Mk. eine Dividende von 500 Prozent an die Aktionäre zu verteilen.

* **Berlin**, 8. Juli. Der Benzolverband setzte mit Wirkung ab 2. Juli die Kleinverkaufspreise für gereinigtes B. V.-Motorenbenzol auf 15 000 Mark für 1 Kilo ab Hauptverkaufsstelle fest.

* **Berlin**, 8. Juli. Die Begebung der neuen 5prozentigen Dollarwertanleihe der Freien Hansestadt Bremen wurde in letzter Stunde infolge Einspruchs des Reichsfinanzministeriums verschoben. Die angekündigte Zeichnung auf die Anleihe findet daher nicht statt.

Das Verhältnis der westfälischen Dichter zur Presse ihrer Heimat.

Von Universitätsprofessor Dr. Julius Schwering, Münster.

In der „Deutschen Presse“ veröffentlicht Universitätsprofessor Dr. Julius Schwering nachstehenden interessanten Aufsatz, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Ferdinand Freiligrath äußerte einmal zu seinem Freunde Emil Rittershaus, daß dem Westfalen das Talent zum Journalisten fehle, weil er im allgemeinen zu wenig betriebsam und beweglich sei und ihm die Gabe der raschen und leichten Formulierung abgehe. Die Geschichte der deutschen Presse bestätigt diese Beobachtung des Dichters. Zwar hat das Land der Roten Erde einzelne namhafte Journalisten aufzuweisen — ich erinnere nur an Arnold Mallinckrodt und Levin Schücking — es hat der deutschen politischen Tagespresse während der letzten Jahrzehnte wertvolle geistige Kräfte zugeführt, aber ein Journalist, der wegweisend und tonangebend war wie Wolfgang Menzel und Gutzkow, ist aus dem Lande Wittekinds nicht hervorgegangen. Von den bekannteren Dichtern und Schriftstellern Westfalens haben sich mehrere als Zeitungsschreiber versucht. Justus Möser redigierte seit dem 4. Oktober die „Osnabrücker Intelligenzblätter“ und ließ als Beilagen zu diesem Organ zwei Jahre später eine Reihe von Artikeln und Aufsätzen erscheinen, die seine Tochter später (1774) unter dem Titel „Patriotische Phantasien“ herausgab. Auch Freiligrath war im Sturmjahr 1848 Mitredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“, aber diese Tätigkeit bildet nur eine vorübergehende Episode in seiner dichterischen Laufbahn. Levin Schücking wurde im Jahre 1843 zur Schriftleitung der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ berufen und war dann in den Jahren 1845 bis 1852 Redakteur des Feuilletons der „Kölnischen Zeitung“, worauf er sich in die Einsamkeit seines Landsitzes in Sassenberg zurückzog und als freier Schriftsteller lebte. Von den neueren westfälischen Poeten hat Hermann Löns seine Feder in den Dienst der Tagespresse gestellt. So finden wir nur wenige der bedeutenden Dichter unserer engeren Heimat in den Redaktionszimmern der führenden Zeitschriften und Zeitungen, mit der Presse jedoch standen sie alle empfangend und gebend in mehr oder weniger nahen Beziehungen.

Wie die Literaturgeschichte zeigt, begannen die meisten Lyriker und Epiker ihre Laufbahn damit, daß sie die Erstlinge ihrer Muse in den ihnen leicht zugänglichen Lokal- und Provinzblättern, die sich mit ihrem Lebenskreis enger berühren, zu veröffentlichen pflegen. Sie verkehrten erst in den kleinen Stuben der Literatur, ehe sie deren Salon betraten. So kam Heine zuerst im „Hamburger Wächter“ zum Wort, Hebbel im „Eiderstedter Boten“ und im „Dithmarschen“. Von den westfälischen Dichtern sind Freiligrath und Friedrich Wilhelm Weber diesen Weg gegangen. Dem späteren Schilderer der Wüste und des Meeres erschloß zunächst im Jahre 1828 das „Soester Wochenblatt“ seine Spalten, dann folgten die in Münster und Hamm erscheinenden, von Friedrich Steinmann redigierten „Allgemeinen Unterhaltungsblätter“. Mit Schücking begegnet er sich im „Sonntagsblatt“, das Nikolaus Meier in Minden herausgab, mit Friedrich Wilhelm Weber in dem gleichen Organ (1836) und in der Zeitschrift „Das Nordlicht“, die der geistig rührige Landgerichtsrat Moritz Bachmann im Jahre 1836 begründete. Seitdem schwindet sein Name für ein Jahrzehnt aus den Mitarbeiterlisten westfälischer Journale. auch Schücking unterhält seit 1842 keine Beziehungen mehr zum „Westfälischen Merkur“, der in seinem Unterhaltungsblatt für Stadt und Land Gedichte von ihm gebracht hatte. Weber stellt seine Mitarbeit am Sonntagsblatt endgültig 1843 ein und taucht mit wertvollen poetischen Gaben erst 1857 in dem Taschenbuch „Arminia“ (Paderborn) wieder auf. Ganz anders verhält sich Annette von Droste zu ihrer heimatlichen Zeitungswelt. Von ihr finden sich keine unreifen Jugenderzeugnisse in den westfälischen Blättern; wie Pallas Athene gewaffnet aus dem Haupte des Zeus hervorsprang, so tritt die Muse der Droste in voller Kraft und Eigenart, allerdings unter dem Schleier halber Anonymität, vor das Publikum. Von ihrem ersten Gedichtband (1838) nimmt denn auch die von ihr keines Beitrags gewürdigte Presse Westfalens kaum Notiz. Später hat Annette nur einmal zu dem 1846 von Mathilde Franziska v. Tabouillot herausgegebenen Taschenbuch „Produkte der Roten Erde“ einige lyrische Poesien, z. B. „Das Bild“, „Das erste Gedicht“ geliefert, im übrigen aber die westfälische Presse mit ihrer Feder nicht unterstützt. Wie Annette stand auch Dieterich Christian Grabbe schon auf der Höhe seines Schaffens, der erste Band seiner Dramen lag schon dem Publikum vor, als er im Jahre 1828 im „Rheinisch-Westfälischen Anzeiger“ (Beiblatt vom 5. Juni) den Detmolder Schauspielern, die keine Kritik vertragen konnten, gehörig den Text las und 1829 die Feenszenen aus seinem Lustspiel „Aschenbrödel“ in den „Allgemeinen Unterhaltungsblättern“ veröffentlichte.

Somit hat sich die westfälische Presse keiner wirksamen Unterstützung von seiten der heimatlichen Dichter erfreut. Diese aber empfingen von ihr allerlei stoffliche und ideelle Anregungen. Am meisten verdanken ihr Freiligrath und Annette v. Droste. Ich habe in meiner Biographie Freiligraths nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bedeutung des „Soester Wochenblattes“ für dessen poetische Entwicklung nicht genügend gewürdigt ist. Was für Freiligrath das „Soester Wochenblatt“ war, das bedeutete für seine Landsmännin Annette das Unterhaltungsblatt, das als Zugabe zum „Westfälischen Merkur“ erschien und von der Dichterin regelmäßig gelesen wurde. Hier fand sie in dem Gedicht „Der Heidemesser“ (Nr. 51 vom 18. Dezember 1837) das Motiv ihrer berühmten Ballade „Der Knabe im Moor“, hier zwei Erzählungen, die ihr wichtige stoffliche Bestandteile für ihr Epos „Das Hospiz auf dem Großen Sankt Bernhard“ lieferten. Für Friedrich Wilhelm Webers dichterische Entwicklung kommt nur die bereits erwähnte Wochenschrift „Das Nordlicht“ in Betracht. In ihr veröffentlichte Franz Hemmer einen Romanzenkranz „Aus dem Leben des Königs Ludwig“ und darin eine lebendige Schilderung des altehrwürdigen Benediktinerstiftes Corvey, die auf die Entstehung von Dreizehnlinden nicht ohne Einwirkung geblieben ist.

Ich will hier die poetischen Fäden, die von der westfälischen Presse zu den Werken unserer Dichter führen, nicht weiter verfolgen; hervorheben möchte ich nur noch, daß unsere heimischen Journale für das Emporkommen dieser Talente, für die Ausbreitung ihres Ruhmes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wenig geleistet haben. „Der Lorbeer grünt nicht auf westfälischer Erde“, sang ein Heckenpoet der Reaktionszeit, und die Literaturgeschichte zeigt, daß die Bedeutung namhafter westfälischer Dichter zuerst weitab von der Roten Erde erkannt und gewürdigt worden ist. Wie Klopstocks Name in ganz Deutschland erklang, als die ersten drei Gesänge seines „Messias“ in den „Bremer Beiträgen“ erschienen, wie Bürgers Dichterruf begründet war, als seine „Lenore“ im „Göttinger Musenalmanach“ im Jahre 1774 vor das Publikum trat, so stand Freiligrath mit einem Male im Vordergrund des literarischen Interesses, als seine farbenglühenden Wüstengemälde und Urwaldbilder in Chamissos und Schwabs „Deutschem Musenalmanach“ und im „Morgenblatt“ vom Jahre 1835 die deutsche Leserwelt überraschten. Er war ein berühmter Mann, ehe der erste Band seiner Lyrik in Buchform vorlag. Annettens erste Gedichtsammlung vom Jahre 1838 war fast unbeachtet vorübergegangen, da gelangten einige ihrer Heidebilder und Stimmungspoesien durch Schückings Vermittlung im „Morgenblatt“ zum Abdruck, und mit einem Schlage hatte sie gewonnen, was ihr die Heimat nicht bieten konnte: einen bedeutenden zahlungsfähigen Verleger und die Anerkennung der Besten im Vaterlande. Ihr Gedichtband von 1844 brachte ihr den vollen, frischen Lorbeerkranz. Grabbe wurde für das große Publikum entdeckt, als seine wild-genialen Dramen von dem Frankfurter Verleger Kettembeil herausgegeben wurden. Schückings kritische Begabung und sein Talent zum Fabulieren kam erst in Gutzkows „Telegraphen“ unter der Fahne des jungen Deutschland zur Geltung. So wurden auch neuere Schriftsteller und Dichter, wie die Brüder Hart und Hermann Löns von der westfälischen Presse erst beachtet, als sie schon im übrigen Deutschland Anerkennung gefunden hatten. Für Weber dagegen sind die katholischen Zeitungen der Roten Erde mit ganzer Kraft eingetreten und ihr einstimmiges Lob fand dann in den konservativen protestantischen Organen und bald auch in manchen liberalen Zeitungen und Zeitschriften („Grenzboten“, „Münchener Allgemeine Zeitung“) ein volltöniges Echo. Auch für Friedrich Wilhelm Grimm, Ferdinande von Brakel und andere Heimatdichter hat die westfälische Presse mit Erfolg ihre Stimme erhoben.

Verantwortlich: Für Politik J. Paffenberg, Chefredakteur; für Lokales, Feuilleton, Theater und Musik H. Tölle; für Kommunalpolitik, Volkswirtschaft, Handel und Provinz Dr. H. A. Berger; für Vermischtes und Sport H. Hartenfels; für den Reklame- und Anzeigenteil W. Schaifes. Sämtlich in Gelsenkirchen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Erhalte heute Montag Transport große und kleine

Schweine,

welche ich sehr billig abgebe. 18767

Michael Katzmarek, Fürstinnenstr. 38.

Wer übernimmt 2 bis 3 mal wöchentlich leichte 18786

Geschäftsfahrten

Färberei Kunze, Hochstraße 22.

Gut erhaltenes

Damenfahrrad

zu kaufen gesucht. Kaiserstr. 32, Laden.

Kochherd,

mehrere Bettstellen mit Matratzen und Kinderwagen zu verkaufen. 18717

Hdlg. Sobieray, Wilhelminenstr. 14.

Schreibmaschine

zu kaufen gesucht. Schriftl. Ang. mit Preis u. F. S. [illegible] an die Anz.-Exp. B. Dickmann, Gelsenkirchen, [illegible]

Drucksachen für Handel und Gewerbe

in geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert in der Buch- und Kunstdruckerei Chr. Münstermann, Gelsenkirchen, [illegible]

Nr. 148
(Zweites Blatt)

Gelſenkirchener Zeitung.

Montag,
den 9. Juli 1923.

Die deutſche Frau und die deutſche Wirtſchaft.

Jeder, der es gut meint mit ſeinem Volke, hegt den heißen Wunſch, daß unſere Volkswirtſchaft, die Nährmutter unſerer ſchwer geprüften Nation, ſich bald wieder von ihrer ſchweren Erkrankung erholt. Die Geſundung wird um ſo eher eintreten, je umſichtiger wir Menſchen, die Träger und Trägerinnen der Wirtſchaft, unſere Kräfte in den Dienſt ihrer Heilung ſtellen. Auch dabei kann die Frau, der es ja angeboren iſt, Wunden zu heilen, wertvolle Mitarbeit leiſten. Auf welche Weiſe?

Zunächſt als Erzieherin in der Familie. In ihr wächſt das kommende Geſchlecht heran, welches die ſchwere Aufgabe meiſtern ſoll, in Zukunft unter außerordentlich ſchweren Verhältniſſen ein Volk von 60 Millionen zu ernähren, zu bekleiden und zu behauſen. Je kräftiger und arbeitstüchtiger dieſer Nachwuchs iſt an Körper und Geiſt, je beſſer ſein wirtſchaftlicher Sinn im kleinen und großen erzogen iſt, um ſo freudiger und erfolgreicher wird er in der deutſchen Wirtſchaft tätig ſein. Den größten Einfluß auf ſolche Erziehung hat naturgemäß die Mutter, beſonders wenn ſie ſich bewußt iſt, daß ſie als Staatsbürgerin ihrem Volke tüchtige Bürger und Bürgerinnen in ihren Söhnen und Töchtern zu erziehen vermag.

Als Familienmutter iſt die Frau gleichzeitig Vorſteherin der häuslichen Wirtſchaft, die ebenſo wertvoll iſt wie die Erwerbswirtſchaft des Vaters. Die deutſche Hausfrau hat daheim einen großen Teil wertvoller und wichtiger wirtſchaftlicher Güter zweckmäßig zu verwerten. Sie hat nicht bloß, um einen Vergleich mit Fabrik und Werkſtatt zu gebrauchen, Halbfabrikate zu Fertigwaren umzuwandeln, ſie ſoll auch Rohſtoffe erſt nutzbar machen. Ja, ihr Stolz wird es ſein, womöglich im Baum- und Pflanzengarten Rohſtoffe zu erzeugen oder aus Reſten oder unzweckmäßig gewordenen Gebrauchsgegenſtänden etwas anderes wie neu herzuſtellen. Mit andern Worten heißt das: die Hausfrau muß auch produktiv ſein, Güter ſchaffen. Das gehörte vor dem Aufkommen der großen Städte zur ſelbſtverſtändlichen Aufgabe der Hausfrau, ja, es war ihr Stolz, etwas Eigenes, das ſie ſelbſt geſchaffen hatte, den Ihrigen darbieten zu können, oder wenn Gäſte kamen etwas anbieten zu können, das es in dieſer gelungenen Art und Weiſe nur bei ihr gab. Wie vielen Frauen, beſonders unter jenen, die vor der Heirat erwerbstätig waren, dieſe ſchöpferiſche, ſchaffende Kunſt abhanden gekommen iſt, weiß jeder Kundige.

Den unmittelbarſten Anteil an der Wirtſchaft nimmt die deutſche Frau dort, wo ſie in der Erwerbswirtſchaft tätig iſt, ſei es als ſelbſtändige Handwerkerin, als Geſchäftsinhaberin oder ſelbſt als im Geſchäfte und Gewerbe des Mannes helfende Bauernfrau, Handwerker- und Kaufmannsfrau. Schon die herangewachſenen Töchter ſollen es als Ehrenſache, als Pflicht gegen die Familie anſehen, dem Vater in ſeiner daheim getriebenen Erwerbstätigkeit zur Seite zu gehen. Ueberall wird die tüchtige, auf ihre Fortbildung bedachte Frau Gelegenheit finden, den guten Rat der deutſchen Arbeit und damit der deutſchen Wirtſchaft zu fördern. Das gilt beſonders von den ſelbſtändig erwerbstätigen Frauen, der Handwerkerin, indem ſie gediegene, wertvolle Arbeit herſtellt, der Geſchäftsinhaberin, indem ſie ihre Aufgabe als Beraterin und Belieferin ihrer Kundſchaft gewiſſenhaft erfüllt, der Gehilfin dadurch, daß ſie redlich bemüht, an ihrer Arbeitsſtätte ihr Wiſſen und Können fruchtbar zu verwerten.

Dem Frauenrecht entſpricht Frauenpflicht. Daß die Mehrzahl unſerer deutſchen Frauen das beherzigt, erkennt man aus der wachſenden Teilnahme unſerer Frauenwelt an den Fragen der Volkswirtſchaft und des Gemeinſchaftslebens. Einſichtige Männer werden gern in dieſen Fragen mit verſtändigen Frauen zuſammenarbeiten, auch ihren Rat entgegennehmen und verwerten.

Katholiſch und deutſch.

Von Friedrich Muckermann S. J.

2. Katholiſches Reformatoriſches.

Natürlich hat ſich der Rembrandtdeutſche nach ſeiner Heimkehr zur katholiſchen Mutterkirche lebhaft mit den Fragen beſchäftigt, wie denn katholiſch und deutſch zuſammengehören, was es iſt um Luthers Werk uſw. Er ſchreibt dazu: „Nicht wenige der beſten Proteſtanten aus deutſchem Geblüt, ſo Shakeſpeare, Bach, Bacon, Leibniz, Leſſing, Schiller, Novalis, Hebbel, Lagarde, weiſen eine katholikenfreundliche Ader auf. Und der leitende Geiſt des letzten deutſchen Jahrhunderts, Goethe, iſt ihnen darin gefolgt: ſein Fauſt enthält vielfach katholiſche, ſogar mittelalterliche Elemente und klingt ſchließlich ſogar im offenen Katholizismus aus. Der Fauſtdramatiker iſt ohne letzteren gar nicht denkbar: beide gehören wieder einmal als polare Strömungen zuſammen. An Goethes Fauſt hat der Katholik teil, wie der Proteſtant am Kölner Dom. Alles, was ernſt und edel iſt, muß ſich irgendwie treffen. Denkende Proteſtanten ſollten ſich dergleichen Wahrheiten nicht verſchließen: ſie ſollten ſich der Haltung der obigen weiſen und milden Männer erinnern; dieſe ſtellen ſich dem Durſyſtem Luthers als eine [illegible] Mollharmonie entgegen. Neben dem „Eine feſte Burg iſt unſer Gott" darf und muß das „Veni Creator Spiritus" ſeinen Rang voll behaupten. Ja, in den jetzigen Zeiten geiſtiger Dürre hat der Deutſche beſondere Veranlaſſung, den „Schöpfer Geiſt" anzurufen: dieſer hat ſich bisher noch nicht auf die „Burg" des Deutſchen Reiches niedergelaſſen. Das erſtere dieſer beiden Lieder hat man ein Volkslied genannt, das zweite könnte man ein Menſchheitslied nennen; es gibt aber viele Völker und nur eine Menſchheit: die denkbar höchſte Polarität iſt die zwiſchen der Vielheit der Welt und ihrer Einheit. „Wir glauben all' an einen Gott" können ſowohl Katholiken wie Proteſtanten ſingen; es iſt ein Akkord, der aus der Ewigkeit kommt und zu ihr führt; Engelchöre ſingen ſo."

Wie innerlich erfüllt und wie verſöhnlich ſind doch dieſe Worte! Wie ruhig und klar mußte das Gemüt ſein, aus dem ſie hervorgekeimt! Man mag über die katholiſche Ader der genannten Männer denken, wie man will, Shakeſpeare war am Ende ſogar ſelber Katholik, etwas Richtiges iſt ohne Zweifel an dieſen Ausführungen und jedenfalls die Meinung eines Gelehrten, der in Kunſt und Literatur ſo viel gelten muß, als irgendein Fachmann. Gerade von der künſtleriſchen Seite her hat ſich der Rembrandtdeutſche noch weiter mit dem Proteſtantismus auseinandergeſetzt: „Die durch Luther eingeleitete Bewegung hat auch ihre Schattenſeiten gehabt; und die Gerechtigkeit erfordert, dies hervorzuheben. Man ſoll nicht Bilderſtürmer ſein. John Knox ſagte einmal über ein Marienbild, es ſei „nur ein bemaltes Brett"; das iſt nicht wahr, es iſt ein Symbol des Großen, des Ewigen, des Menſchlichen. Menſchheit und Gottheit begegnen ſich in ihm. Dies gilt von der Sixtiniſchen Madonna ſowohl, wie von jedem deutſchen Marienbild im deutſchen Bauernhauſe. Gerade im Marien- und Heiligenkultus liegt ein ausgeſprochen germaniſcher Zug — ein deutſcher Erdgeruch —, den Luther etwas zu raſch abgelehnt hat; möglicherweiſe werden die Deutſchen, wenn ſie ſich auf ihr Deutſchtum beſinnen, desſelben wieder inne werden; jedenfalls aber wird in einem Zeitalter, das der Kunſt gewidmet iſt, der im tiefſten Sinne künſtleriſchen Religion, dem Katholizismus, ein geräumiger Platz gewahrt werden müſſen. Jedes Bild Chriſti, der Mutter Gottes, der Heiligen iſt das Bild einer mehr oder minder erhabenen Seele; und leichter als im Buchſtaben erkennt ſich der Menſch im Bilde; zumal wenn er kindlichen Herzens iſt. Mehr als ein geſchriebenes Wort wirkt oft ein gemaltes oder geſungenes Ecce homo. Der Katholizismus hat nicht mit der Vergangenheit gebrochen; er hat ſich die alt- und urdeutſche „Bild"geſinnung bewahrt, welche der Proteſtantismus verbannte. Hier liegt der tiefſte Keim der deutſchen Seele. Er heißt: Anſchauung, nicht Spekulation."

Des weiteren führt der Rembrandtdeutſche aus, wie durch die Bilderſtürmerei nicht nur ſo viele Kulturſchätze vernichtet wurden, ſondern auch eine Quelle jener mit wahrer Frömmigkeit — im Gegenſatz zur Kopfhängerei — verbundenen Freudigkeit, die aus Rembrandts Weſen ſpricht, und die Gemeingut katholiſcher Zeiten geweſen. Eine Mutter iſt ihm die nun entdeckte verlorene Kirche. „Der heutige Deutſche ſoll zu den „Vätern" aufſteigen; aber er ſoll wie Fauſt auch der „Mütter" gedenken, die deutſche Erde, die Natur, die früheſte chriſtliche Kirche ſind ſolche Mütter." ...

Und nun erweitert ſich dem idealen Manne ſeine beſinnliche Mahnung zu ſtrahlender Hoffnung auf die „dritte Reformation". Ein dreifaches Zurück liegt in ihr und ein dreifaches Vorwärts. „Zurück zu dem milden, poeſievollen deutſchen, ariſtokratiſchen Gemütsleben des Mittelalters; zurück zu den tiefen mütterlichen Inſtinkten der früheſten chriſtlich-germaniſchen Periode, zurück zu dem ſtarken, tapferen, kindlichen, bildſamen und bilderſehenden Weſen des älteſten Deutſchen, zum Deutſchtum in ſeiner reinſten Form." ... Und zugleich Vorwärts „in den neuen Bahnen einer künſtleriſchen, einer wehrhaften, einer adeligen Bildung; das Neueſte berührt ſich nochmals mit dem Aelteſten und das Individuelle nochmals mit dem Vornehmen .... Proteſtanten wie Katholiken können ſich in ſolcher Geſinnung zuſammenfinden." ... Das wäre die dritte Reformation — und „ein Luther müßte ſich von ihr für überwunden erklären."

Selten iſt eine Konverſion ſo wie die des Rembrandtdeutſchen eine Heimkehr geweſen, und alles, was er ſeitdem noch geſchrieben, ſcheint durchzittert von dem ſtillen Glück des Kindes, das nach einem wanderreichen Leben endlich ruht am Herzen der wiedergefundenen Mutter.

Kirchliche Nachrichten.

Ein Wort des Kardinals Schulte.

* Im Städtchen Süchteln am Niederrhein wurde kürzlich ein Katholikentag abgehalten, dem Kardinal Dr. Schulte aus Köln beiwohnte. In einer eindrucksvollen Anſprache ſagte der Kirchenfürſt u. a.:

„Die Welt iſt wie von allen guten Geiſtern verlaſſen; es gärt in allen Ländern und auch im Innern unſeres Vaterlandes. Wenn der maßloſe verderbliche Nationalismus noch weiter daran arbeitet, die Nationen einander zu entfremden, dann muß man den Glauben an eine Wiederkehr beſſerer Zeiten endgültig aufgeben. Die Welt wird erſt beſſer, wenn die Menſchen beſſer werden, aber die Menſchen werden nicht eher beſſer, bis ſie zurückkehren zu Chriſtus, dem Anfang und dem Ende aller Dinge. Die widerchriſtliche moderne Kultur hat ihre eigenen Grundſätze aufgeſtellt, aber wir vermiſſen in ihnen den Grundſatz der Liebe. Sie hat ſeit Jahrzehnten mit großem Geld- und Machtmitteln gearbeitet und es leider zu hohem öffentlichen Aufſehen und zu großem Einfluſſe auf die Geſtaltung der Dinge gebracht. Das, und nichts anderes iſt die Urſache all des Elendes, das über uns gekommen iſt. Wenn man das bei uns und draußen in den verſchiedenſten Ländern mehr beobachtete, daß hier der Grund für alles Elend liegt, dann würden wir nicht ſo lange uns gegenſeitig ſagen müſſen, was für Wunden wir uns in den langen Jahren entſetzlichen Blutvergießens, die nun hinter uns liegen, gegenſeitig geſchlagen haben, dann würden wir nicht ſagen und ſagen hören, Recht und Gerechtigkeit geht über alles, nein, Verſöhnung und Liebe, dann würden wir uns bald von hüben und drüben die Hände reichen zu einer großen Leidens- und Schickſals- und zu einer Friedens- und Liebesgemeinſchaft. Das iſt das Programm der katholiſchen Kirche: Abbau des Haſſes und Aufbau der Liebe. Es ſoll der Stern der Gottes- und Nächſtenliebe über der Welt ſchweben und mit mildem Lichte all unſere und der übrigen Völker Verhandlungen verklären."

Lokales und Provinzielles.

Gelſenkirchen, den 9. Juli 1923.

Sonnenſonntag.

Es war ein Sonntag hell und klar!" Ein Sonntag, der wirklich ſeinem Namen Ehre machte. Ein wirklicher Sommerſonnenſonntag. Wohl der erſte in dieſem Jahre. War das geſtern ein Tag. Der Himmel blau. Ohne Wolken. Und dann die liebe, liebe Sonne, die ſo langentbehrte. Wieviel Grad waren es im Schatten?

Was tuts? Das Wiſſen um die Hitzegrade iſt wirklich nebenſächlich. Hauptſache iſt, daß es ein wirklicher Sommerſonntag war. Wie die lichthungrigen Menſchen aus ihren Häuſern kamen.

Im Stadtgarten herrſchte ſchon in der Morgenfrühe ein froher Betrieb. Die holde Weiblichkeit konnte ſich zum erſten Male in dieſem Jahre in voller Sommertoilette zeigen, und die Herrenwelt wollte nicht zurückſtehen. Porzellanhoſen gab es ſogar zu ſehen in unſerer ſchwarzen Stadt. Man ſoll nicht ſo ohne weiteres über die Toilettenfreuden der Frauen lächeln. Auch ſie bieten ein ſeliges Vergeſſen der Zeit. Muſik gab es und Vogelgezwitſcher. Fröhliche Geſichter und friſches Sommerlachen.

Wenn man auch ein bißchen ſchwitzte.

Es war ein ſchöner Sonntag und deshalb ſoll man ſich freuen. —e.

*

Vollmondnächte im Sommer.

Wer kennt ſie nicht die ſchönen klaren Nächte, da in Mitſommerzeit die helle Vollmondſcheibe zu uns hernieder ſchaut. In den Liedern und Geſängen aller Völker und Zeiten iſt es immer wieder die Mondnacht, in der ſich die beſungenen Geſchehniſſe abſpielen. Zu keiner Mondphaſe und in keiner Jahreszeit tritt die Romantik der nächtlichen Stunde fühlbarer in Erſcheinung. In den Vollmondzeiten des Sommers leuchtet durch die klare Luft hindurch das große, volle Rund des nachbarlichen Geſtirns doppelt ſchön zu uns hernieder, grüßt uns der treue Begleiter unſerer Erde doppelt freundlich.

Selbſt nüchterne Menſchen pflegen in ſolchen Stunden aufzutauen. Wenn ſie ein Ausflug, eine Kahnfahrt, ein ſpäter Weg in den Abendſtunden eines lauen Sommertages ins Freie geführt hat, empfinden auch ſie es, wenn ſie am wolkenfreien Himmel den Mond in ſeltener Größe und ſelten ſtarkem Licht bewundern können. Selbſt das Gemüt des Tieres iſt für die ſommerliche Vollmondnacht empfänglich. Iſt es nicht die Stunde, zu der die Katzen auf den Dächern luſtwandeln, um mit ihren verliebten Miaus und ſchrecklichen Liebesgeſängen den Schlaf der Menſchen zu verſchönern? Und im Teich feiern die Fröſche große Feſte. Urahne, Großmutter, Mutter und Kind des glitſchigen, grünröckigen Geſchlechts ſchießen in dem ſchmutzigen Tümpel um die Wette Kobolz und ſchreien und quaken, daß ſelbſt muſikaliſche Kompoſitionen der modernſten Moderne hinter der Ueberzeugungskraft dieſer Muſik zurückbleibt.

Im Volksaberglauben ſpielt die ſommerliche Vollmondnacht eine beſondere Rolle. Unglück in der Liebe wendet ſich zum Glück, wenn der Name der geliebten Perſon in einer Sommernacht bei Vollmondſchein dreimal in einen Baum in der Nähe eines Waſſers eingeritzt wird. Unheilbare Krankheiten können geheilt, Warzen beſeitigt und Leiden aller Art behoben werden, wenn die kranke Körperſtell in einer Sommernacht bei Vollmond in einem Bach abgewaſchen und von einer kundigen Frau beſprochen wird.

Ob der Mond es weiß, wieviel des Guten und Törichten er in dieſen Nächten ſeines klaren Lichtes anſtiftet? Wenn man auf ſein Geſicht geben darf, das gerade in dieſen Stunden ein beſonders freundliches Lächeln aufzuweiſen ſcheint, will es dünken, als habe er das gleiche milde Verſtehen für alles, was hier unten auf Erden unter ſeinem Lichte — ob gut oder nicht gut — ſich ereignet.

== **Kriegsbeſchädigte! Achtung!** Durch Erlaß des R. A. M. vom 29. Juni 1923 iſt die Zahlung eines 3. Scheckvorſchuſſes auf die erhöhten Renten nach dem Geſetz zur Abänderung des R. V. G. und anderer Verſorgungsgeſetze (Novelle) angeordnet. Durch die Poſtbeförderungsſchwierigkeiten, welche ſich in letzter Zeit noch verſchärften, iſt der Erlaß erſt am Samstag, den 7. d. Mts., vormittags, in den Beſitz des Verſorgungsamtes gelangt. Wenn auch mit den Vorarbeiten für die Zahlungen ſofort begonnen wurde, ſo wird ſich die Auszahlung nicht ſo rechtzeitig ermöglichen laſſen, daß ſie in der vorgeſchriebenen Zeit vom 5. bis 14. Juli erfolgen kann. Das Amt wird aber alles aufbieten, um die Schwierigkeiten, die auch in der Geldbeſchaffung liegen, zu überwinden und die Vorſchüſſe ſo ſchnell wie nur irgend möglich, zur Anweiſung bringen. Ferner iſt die ſehr umfangreiche Arbeit für die Abfindung der 20 v. H. Erwerbsgeminderten ſoweit gediehen, daß in den nächſten Tagen die Beträge zur Anweiſung gelangen werden.

== **Ertrunken.** Infolge Herzſchlages ertrank im Induſtriehafen der Arbeiter Otto Sobolewſki, Steinſtraße, beim Baden. Er konnte nur als Leiche ans Land geſchafft werden.

== **Gerichtsferien.** Mit dem 15. Juli beginnen die alljährlichen Gerichtsferien, die am 15. September wieder zu Ende gehen. Während dieſer Zeit werden Termine abgehalten und Entſcheidungen erlaſſen in folgenden Sachen: freiwillige Gerichtsbarkeit, Strafſachen, Arreſtſachen und einſtweilige Verfügungen, Streitigkeiten zwiſchen Vermieter und Mieter oder Untermieter wegen Zurückhaltung eingebrachter Sachen, Streitigkeiten aus Dienſt- und Arbeitsverhältniſſen, Wechſelſachen, Streitigkeiten über die Fortſetzung eines angefangenen Baues. Vor dem Amtsgericht ſind auf Antrag auch andere Sachen als Ferienſachen zu bezeichnen.

== **Preußiſch-ſüddeutſche Klaſſenlotterie.** Morgen beginnt die Ziehung der erſten Klaſſe. Losanteile ſind noch zu haben.

== **Aerztehonorare auf Grund des Roggenpreiſes.** Mit einer bemerkenswerten Veröffentlichung ſind die Aerzte der Amtshauptmannſchaft Borna in die Reihe der „Naturalienanhänger eingerückt. Als Schlüſſelzahl für die Berechnung der ärztlichen Honorare ſoll fortan der am Tage der Rechnungsbegleichung an der Leipziger Börſe notierte Roggenpreis gelten. Zugrunde gelegt wird der Roggen mit einem Friedenspreis von 20 Mark — anſtatt 10 Mark — pro Zentner (ſo daß alſo nur die Hälfte der Roggenteuerung zur Anrechnung gelangt). Die Grundgebühr der Konſultation wird mit mindeſtens 1 Mark, des Beſuches mit 2 Mark, jeder Kilometer mit 0,50 Mark angenommen. Dementſprechend wird die Konſultation mit 5 Pfund, der Beſuch mit 10 Pfund und jeder Kilometer mit 2½ Pfund Roggen bewertet.

== **Nach dem Memelgebiet,** das in den zum 1. Juli in Kraft tretenden Ueberſichten der neuen Poſtgebühren nicht aufgeführt iſt, gelten für Briefſendungen weiterhin die deutſchen Inlandsgebühren. Daſſelbe gilt für Telegramme nach dem Memelgebiet.

== **Der Pfennig, der Sextillionen von Mark wert iſt.** In einer Zeit, in der für den gewöhnlichen Sterblichen ſelbſt 1 Million Mark keinen erheblichen Wert mehr beſitzen, klingt es faſt paradox, wenn man behauptet, daß ein Pfennig Sextillionen Mark wert iſt. Und doch iſt es ſo. Denn legt man einen Pfennig zu 4,71 Prozent auf Zinſeszinſen an, ſo hat er ſich nach hundert Jahren auf eine Mark vermehrt. Nach 200 Jahr ſind hundert Mark daraus geworden. In 1900 Jahren wäre der Pfennig zu einer Sextillion Mark angewachſen. Würde dieſer Pfennig zu 5 Prozent 1875 Jahre verzinſeszinſt werden, ſo gelangt man zu einer Geldſumme von 58 Sextillionen, 659 236 Quintillionen, 76 014 Quadrillionen, 489 752 Trillionen, 466 993 Billionen, 34 515 Millionen 466 398 Mark und 33 Pfennigen.

Es liegt in Ihrem eigenen Interesse
und Sie nützen sich selbst, wenn Sie bei **Personalgesuchen** nur die
Gelsenkirchener Zeitung
benutzen. Eine Anzeige führt zum Erfolg.

Aus der Umgegend.

== **Rotthauſen,** 7. Juli. Der hieſige Vaterländiſche Frauenverein muß den Betrieb der von ihm unterhaltenen Milchküche vom 15. ds. Mts. ab leider einſtellen. Die Milchküche ſoll nach erfolgter Eingemeindung wieder eröffnet und in die Organiſation der Säuglingsfürſorge der Stadt Gelſenkirchen einbezogen werden.

== **Wattenſcheid,** 8. Juli. Seit zirka einer Woche ſind die Franzoſen damit beſchäftigt, die Kohlenbeſtände der Zeche „Holland", ſoweit ſie in Halden lagern, fortzuſchaffen. Das Verladen der Kohlen wird z. Zt. von etwa 30—40 in franzöſiſchen Dienſten ſtehenden Arbeitern ausgeführt.

* **Buer,** 8. Juli. Die Lebensmittelknappheit in der Stadt macht ſich infolge des eingeſchnürten Verkehrs in beängſtigender Weiſe bemerkbar. Viele Lebensmittelgeſchäfte ſchließen ſchon nachmittags um 6 Uhr und geben die einzelnen Lebensmittel nur noch pfundweiſe ab. Auch in Textilwaren herrſcht großer Mangel. Die Abgabe wird auf 4 bis 5 Meter beſchränkt. Die Preiſe gehen infolge der gänzlich ausſetzenden Zufuhr ſprunghaft in die Höhe. Für alte Kartoffeln wurden heute 135 000—150 000 Mk. der Zentner bezahlt.

* **Bochum,** 6. Juli. Die Händlerin C. H. wurde am Donnerstag durch die Wucherpolizei dem Marktgericht vorgeführt, weil ſie für Butter und Eier Preiſe gefordert hatte, die unter Berückſichtigung der geſamten Verhältniſſe einen übermäßigen Gewinn enthielten. Laut eingezogener Rechnung hatte ſie die Butter mit 28 000 Mark zuzüglich 1120 Mark Unkoſten eingekauft und mit 38 000 Mark, alſo einem Aufſchlag von 8880 Mk. (!) auf ein Pfund, wieder verkauft. Die Eier waren mit 1800 Mark, zuzüglich 72 Mark Unkoſten, eingekauft und mit 2300 Mark, alſo einem Aufſchlag von 428 Mark auf ein Ei, wieder verkauft worden. Die Preisprüfungsſtelle hat für Butter einen Kleinhandelszuſchlag von 20 Prozent und für Eier einen ſolchen von 12½ Prozent als angemeſſen ermittelt. Da die Händlerin dieſe Aufſchläge erheblich überſchritten hatte, wurde ſie vom Marktgericht mit einer Woche Gefängnis und 500 000 Mark beſtraft.

Wie wir die Sonne ſehen.

Von Dr. Carl Reimer.

Gr. — Die Sonne läßt ſich vom bloßen menſchlichen Auge nicht ins Antlitz ſchauen. Um dieſes zu können, muß man ein geſchwärztes Glas als Schutzmittel anwenden, ja ſelbſt dem aſtronomiſchen Fernrohr muß man, um nicht geblendet zu werden, ein tiefſchwarzes Glas aufſchrauben. Nur beim Sonnen-Auf- und Untergang können wir mit ungeſchütztem Auge das Antlitz der mächtigen Lichtſpenderin ungeſtraft betrachten. Wir ſehen dann eine rote, runde Scheibe von ganz geringem Umfang. Und dennoch iſt dieſer für unſer Auge ſo kleine rote Ball faſt ein und einhalb Millionen Mal größer als unſere Mutter Erde. Daraus geht hervor, daß die Entfernung der Sonne von unſerer Weltkugel eine ungeheuer große ſein muß. Nach den neueſten Berechnungen beträgt ſie rund 150 Millionen Kilometer oder 20 Millionen geographiſche Meilen.

Vierhundert Mal müßten wir den Weg zurücklegen, der uns vom Monde trennt, ein Schnellzug müßte 200 Jahre lang unaufhörlich dahinjagen, um uns zur Sonne zu bringen. Trotz dieſer fabelhaft großen Entfernung ſpendet uns die Sonne Licht und Wärme. Ohne Sonne hätten wir keinen Frühling, kein Erdenglück, kein Leben überhaupt. Wir alle ſtehen ohne Unterlaß in der Allgewalt eines fernen Weltkörpers, der aber für uns Leben gewinnt, wenn wir uns mit ſeinem Einfluß und Wirken etwas näher beſchäftigen. Für unſere Erde iſt die einzige Wärmequelle die Sonne, denn die Wärmemenge, welche uns Mond und Sterne zuſenden, iſt ſo gering, daß wir dieſelbe nur mit den feinſten und ſchärfſten Hilfsmitteln der modernen Phyſik nachweiſen können. Die Wärmemenge, welche die Sonne einem Punkte der Erde zuſtrahlt, iſt abhängig von der Größe des Winkels, unter welchem die Sonnenſtrahlen auffallen. Da aber die Stellung der rotierenden Erde zur Sonne ſich fortwährend ändert, ſo iſt die Wärme desſelben Ortes ſehr verſchieden, je nach Jahreszeiten und Tagesſtunden. Die Hitze, welche die Sonne täglich ausſtrahlt, iſt ungeheuer, wir erhalten davon nur den 2160 millionſten Teil, den Reſt verſchluckt der eiſigkalte Weltenraum. Die prismatiſche Zerlegung des Sonnenlichtes hat jedes Bedenken in der Gelehrtenwelt beſeitigt betreffs der Annahme, daß die Sonne ein feurigflüſſiger Körper iſt, oder wenigſtens, daß ihre Oberfläche ſich als eine feurige Dampfatmoſphäre darſtellt. Durch das aſtronomiſche Fernrohr kann man bemerken, daß auf der Sonnenſcheibe ſich ſtets dunkle Flecken befinden, ja, manchmal ſieht die Sonne aus, als hätte ſie dicke Tränen auf ihren glühenden Wangen. Dieſe Tränen ſind die Sonnenflecken, die ſich von der gelben Oberfläche abheben, dunkel gefärbt ſind und allerlei Erſcheinungen auch im Bereiche unſerer Luft und auf der Erdoberfläche hervorrufen. Die Sonnenflecke ſind oft rieſengroß, manchmal treten welche in Erſcheinung, von denen jeder größer als unſere Erde iſt. Die Flecke ſind im allgemeinen ſehr veränderlicher Natur, zeigen eine fortſchreitende Bewegung von Oſt nach Weſt, zum Teil kommen ſie, nachdem ſie am Weſtrand verſchwunden ſind, am Oſtrand wieder. Man hat daraus den Schluß gezogen, auf eine regelmäßige Umdrehung der Sonne um eine in ihrer Richtung unveränderliche Achſe. Die Dauer dieſer Umdrehung hat man auf 25 Tage und 5¼ Stunden berechnet.

Nur wenige Sonnenflecke überdauern eine oder mehrere Umdrehungen der Sonne, ſie verſchwinden nach und nach und werden durch neu entſtehende wieder erſetzt. Selten iſt das Antlitz der Sonne ganz fleckenfrei. Man hat für die Zu- und Abnahme in ihrer Größe und Zahl eine ſehr ausgeſprochene Zeitdauer beobachtet, nämlich im ganzen rund elf Jahre, für die Zunahme durchſchnittlich 4, für die Abnahme 7 Jahre. In der Nähe der Sonnenflecke zeigen ſich oft Stellen, die durch ein helleres Licht hervortreten und Sonnenfackeln genannt werden.

In früherer Zeit glaubte man, daß die Flecke, die eine bräunliche Färbung haben, die Gipfel der Sonnenberge ſeien. Heute iſt dieſe Anſicht ganz verſchwunden, denn auf einem Feuerball mit einer Hitze von etwa 27 000 Grad Celſius kann es weder Berge, noch organiſche Gebilde geben. Das Angeſicht der Sonne ſieht, durch das Fernrohr betrachtet, oft ſehr runzelig aus. Das kommt aber nicht daher, weil unſere Lichtſpenderin ſchon ſo viele Millionen Jahre alt iſt, ſondern von den gewaltigen Vorgängen, die auf ihrer Oberfläche ſich abſpielen und von denen wir nur geringe Kenntnis haben.

Das aſtronomiſche Fernrohr zeigt uns die goldene Sonnenſcheibe als ein Meer von Schäfchenwolken. Einzelne Wölkchen haben in Wirklichkeit einen Rieſendurchmeſſer von 150 bis 200 Meilen und ſind von einander durch ein feines Geäder getrennt. Dieſes dunkle Geäder heißt das photoſphäriſche Netz: Wölkchen aber und Geäder nennt man die Photoſphäre.

Die Schäfchenwolken heißen auch Lichtkörper und ſind fortwährend in Bewegung.

Dieſe Lichtkörper ſind die Träger der Flecken, Fackeln und des Lichtes überhaupt, das uns täglich zuſtrömt. Das geſchieht ſchon ſeit ungezählten Jahren und wird noch ungezählte Jahre dauern, bis, wie viele Menſchen glauben, die Sonne erkaltet, erliſcht. Dieſer Anſicht von dem Erlöſchen der Sonne widerſprechen viele Gelehrte. Sie behaupten, die Sonne fände für ihren ungeheuren Verluſt an Wärme dadurch Erſatz, daß ungeheure Meteormaſſen in den Sonnenball hineinfallen. Derartige Maſſen erreichen, der Berechnung nach, die Sonne mit einer Geſchwindigkeit von 400 bis 600 Kilometer, und mit dem Verluſt dieſer Geſchwindigkeit beim Eintreten in die Sonne wird lebendige Kraft frei, welche, in Wärme übergeführt, der ſtürzenden Maſſe eine Temperatur-Erhöhung von etwa 50 Millionen Grad Celſius erteilt.

Nach Helmholtz ſteht es feſt, daß, wenn die Sonnenoberfläche durch ihre Wärmeausſtrahlung wirklich erkaltet, ſich der Sonnenkörper von außenher zuſammenzieht und dadurch auf die inneren Teile ein großer Druck ausgeübt wird, der eine erneute Wärmeentwicklung zur Folge hat. Es genügt, nach Helmholtz, eine Zuſammenſetzung des gewaltigen Sonnenkörpers um wenige Meter im Durchmeſſer während eines Jahres, um den geſamten Wärmeverbrauch innerhalb dieſer Zeit zu decken. Sollte nun wirklich der Sonnendurchmeſſer innerhalb der letzten zwei Jahrhunderte, ſeitdem er genauer beobachtet worden iſt, um 700 Kilometer abgenommen haben, ſo würde ſich ihr ſcheinbarer Durchmeſſer doch nur um eine Sekunde vermindert haben, das heißt um eine Größe, über welche die beſten Beobachtungsinſtrumente noch jetzt im Zweifel laſſen.

Ueber der Lichtſchicht, der Photoſphäre, lagert eine dünne, die umkehrende Schicht, und über dieſer die eigentliche Atmoſphäre der Sonne. Sie beſteht aus glühenden Dämpfen, vorzugsweiſe aus brennendem Waſſerſtoff. Dieſe Atmoſphäre heißt Chromoſphäre oder Farbenſchicht. Aus dieſer Chromoſphäre ſteigen Lichtfontänen empor, die man Protuberanzen nennt.

Wenn die Sonne durch den Neumond ganz verfinſtert wird, alſo bei einer totalen Sonnenfinſternis, dann kann man dieſe Lichtbündel mit dem bloßen Auge erkennen. Sie ſchießen oft in recht bizarren Formen viele tauſend Kilometer über den Sonnenrand empor.

Die Sonnenatmoſphäre wird von der Korona umgeben. Es iſt dies der ſilberne Strahlenkranz, der im Augenblick der totalen Verfinſterung unſer Tagesgeſtirn umgibt.

Dieſe Korona iſt ein ſehr zartes Gebilde und beſteht wahrſcheinlich aus feinen Staubteilchen, die von der Oberfläche der Sonne ausgeſchleudert und infolge Strahlendrucks in jenen Höhen erhalten werden. Die Korona iſt der äußere Teil der den Sonnenkörper umgebenden Gashüllen und enthält einen uns auf Erden noch unbekannten Stoff, das Koronium. Außerdem ſteht es feſt, daß in der Korona noch unſere Edelmetalle: Eiſen, Mangan, Nickel, Calcium und Natrium in gasförmigem Zuſtande enthalten ſind.

Von der Sonne erhält jedes Quadratzentimeter Erdoberfläche jährlich 23 000 Kalorien Wärme.

Unter einer Kalorie verſteht man die Wärmemenge, die nötig iſt, um ein Kilogramm Waſſer um ein Grad zu erwärmen. Die Sonnenwärme iſt ungleich auf der Erdoberfläche verteilt. Dieſer Umſtand iſt die Quelle aller Veränderungen in der Atmoſphäre, denn durch dieſe Ungleichheit wird das Gleichgewicht der Luft fortwährend verändert. Dann ſucht ſich das zerſtörte Gleichgewicht auszugleichen, und ſo entſtehen die geringen und ſtarken Luftſtrömungen, die Winde und Stürme. Hierdurch wird wiederum der Waſſerdampf der Luft verſchieden verteilt. Auf die ungleiche Wärme laſſen ſich alle meteorologiſchen Erſcheinungen zurückführen, und das Zuſammenſpiel der meteorologiſchen Erſcheinungen an einem Ort bezeichnet man mit dem Wort Klima.

Die Luftſtrömungen ſind für die Geſundheit des Menſchen inſofern von großer Bedeutung, als durch ſie eine beſtändige Erneuerung der Luftſchichten ein Zuführen von Sauerſtoff und ein ſtetes Hinwegſchaffen ſchädlicher Stoffe vor ſich geht. Vom menſchlichen Körper entführt die bewegte Luft die umgebenden Ausdünſtungsſtoffe und erzeugt durch Beförderung der Verdunſtung Abkühlung. Da Orte desſelben Breitegrades zur Sonne unter einem gleichen Winkel ſtehen, ſo erhalten ſie im Jahre die gleiche Wärmemenge zugeſtrahlt, und dennoch iſt in Wirklichkeit die mittlere Jahrestemperatur dieſer Orte nicht dieſelbe, weil mancherlei ſtörende Urſachen vorhanden ſind.

Vor allem iſt es die Atmoſphäre unſerer Erde ſelbſt, welche die durch ſie hindurchgehenden Sonnenſtrahlen zum Teil aufſaugt und nicht vollſtändig zur Erdoberfläche gelangen läßt.

Bei heiterem Wetter gehen 75 Prozent der ſenkrecht auffallenden Sonnenſtrahlen bis an die Erdoberfläche, 25 Prozent werden von der Luft verſchluckt. Der Verluſt iſt um ſo größer, einen je längeren Weg die Sonnenſtrahlen durch unſere Atmoſphäre zurückzulegen haben und je feuchter die Luft iſt. Die Wärme, welche die Luft an der Erdoberfläche beſitzt, die alſo allein für unſer Wohlbefinden in Betracht kommt, ſtammt vom Boden her, der durch die Luft hindurchgegangenen Sonnenſtrahlen faſt ganz abſorbiert, ſich dadurch raſch erwärmt und dann ſeine Wärme der auflagernden Luftſchicht mitteilt. Die Luft wird vom Boden aus erwärmt. So erklärt es ſich auch, warum die Luft auf den Bergen kälter iſt als in der Ebene.

niſchen Fortſchrittes in der Induſtrie, weil die menſchliche Arbeitskraft dabei viel billiger ſei als die Maſchine. Die Sicherung der Wertbeſtändigkeit der Löhne ſei eine unabweisbare Forderung. Der Dollar oder der Goldzollaufſchlag könne unmöglich als Wertmeſſer dienen, weil bei einer Senkung des Dollarkurſes der Lebenshaltungsindex dennoch ſteige. Das koſtbare Gut der deutſchen Arbeitskraft dürfe nicht verſchleudert werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Erſing (Ztr.)

empfiehlt den Antrag Marx und ſchließt ſich zum großen Teil den Ausführungen des Abg. Wiſſel an. Der Tag, an dem die Marktſtützung der Reichsbank durch den Egoismus gewiſſer Kreiſe zum Scheitern gebracht wurde, war der ſchwarze Tag für Deutſchland. In der Frage der Wertbeſtändigkeit der Löhne haben die Arbeitgeber durch ihre ablehnende Haltung in der Zentralarbeitsgemeinſchaft eine ſchwere Schuld auf ſich geladen. Mit dem Ziel des ſozialdemokratiſchen Antrages ſind wir einverſtanden, aber die Erfahrungen mit der Zentralindexkommiſſion in Oeſterreich ſind nicht ermutigend und darum erſcheinen uns Einzelforderungen des ſozialdemokratiſchen Antrages nicht für zweckmäßig. Die Reichsregierung ſollte in dieſer Richtung ihren ganzen Einfluß für die Zentralarbeitsgemeinſchaft ausüben. (Zuruf bei den Soz.: Da können Sie lange warten!) Die Gewerkſchaftsbewegung iſt doch nicht ſo ſchwach, daß ſie dem Widerſtand der Arbeitgeber weichen müßte.

Reichsfinanzminiſter Dr. Hermes

iſt mit den in den beiden Anträgen enthaltenen Grundgedanken einer ſchnelleren und beſſeren Anpaſſung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung voll einverſtanden. Die Löſung iſt ſchwierig, aber ſie muß gefunden werden durch Verhandlungen von Reich, Ländern und Gemeinden mit ihren Arbeitnehmern. Gegen den Lebensmittelindex beſtehen auch vom Arbeitnehmerſtandpunkt manche Bedenken. Verhandlungen mit den übrigen Gruppen ſollen fortgeſetzt werden. Es wird vielleicht einer ſtändigen periodiſch zuſammentretenden Lohnkommiſſion überlaſſen werden können, den richtigen Wertmeſſer zu finden. Jedenfalls wird die Regierung mit allen Kräften auf eine baldige Löſung der Frage hinarbeiten.

Reichsarbeitsminiſter Dr. Brauns:

Für die privatwirtſchaftlichen Unternehmer wird die notwendige Wertbeſtändigkeit der Bezüge am ſchnellſten und beſten durch tarifvertragliche Vereinbarung durchgeführt. Der erſte Index dieſer Art iſt bereits erſchienen. Ueber ſeine Anwendung beſtehen noch Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die aber nicht unüberbrückbar erſcheinen. Die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinſchaft betrachten wir noch nicht als geſcheitert. Erſt wenn ſich die Verſuche einer direkten Verſtändigung als erfolglos erweiſen, wird die Geſetzgebung einſchreiten können. Die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen mit Wertbeſtändigkeitsklauſeln iſt ſchon jetzt möglich. Es wäre aber bedenklich, ſie allgemein vorzuſchreiben. Die Sozialrenten und Unterſtützungen werden ſchon jetzt möglichſt ſchnell der Geldentwertung angepaßt. Die Regierung billigt die Ziele beider Anträge, aber ſie hat gewichtige rechtliche und ſachliche Bedenken gegen einzelne Forderungen des ſozialdemokratiſchen Antrages. Die Regierung empfiehlt dagegen die Annahme des Antrages Marx.

Abg. Lambach (D. N.)

ſtimmt dem Antrage Marx zu, verwirft aber den ſozialdemokratiſchen Antrag, der nur trügeriſche Hoffnungen in Arbeitnehmerkreiſen hervorrufen könnte.

Abg. Keinath (Dem.)

billigt zwar die Ziele des ſozialdemokratiſchen Währungsantrages, hält ihn aber in dieſer Formulierung für undurchführbar. Der Antrag Marx ſei zweckmäßiger, weil er verſchiedene Löſungen zulaſſe.

Abg. Rießer (D. Vp.)

ſtimmt dem Antrag Marx zu.

Auf eine Frage des Abg. Wiſſel (Soz.) erwidert Reichsarbeitsminiſter Dr. Brauns, Tarifverträge mit der Wertbeſtändigkeitsklauſel würden für rechtsverbindlich erklärt, wenn ſonſt die Vorausſetzungen für die Rechtsverbindlichkeit vorliegen.

Abg. Rießer beantragt Ueberweiſung des Währungsantrages an den Rechtsausſchuß.

Der Antrag Rießer wird angenommen.

Von dem ſozialdemokratiſchen Antrag wird der Paſſus, der beſtimmt, daß das Reich Aufträge nur an Firmen vergeben ſoll, die wertbeſtändige Löhne zahlen, angenommen. Der Reſt des ſozialdemokratiſchen Lohnantrages wird auf Antrag Tremmel (Ztr.) der Regierung zu weiteren Verhandlungen mit den Spitzenorganiſationen überwieſen.

Hierauf wird der Antrag Marx angenommen.

Anträge.

Es folgen die ſozialdemokratiſchen und der deutſchnationale Antrag, welche ſich gegen die Maßnahmen der bayeriſchen und der preußiſchen Regierung wenden, durch die die innere Geſchloſſenheit des deutſchen Volkes geſtört wird.

Ein kommuniſtiſcher Antrag erſucht, daß den Abgeordneten die Berichterſtattung vor ihren Wählern auch in den Ferien nicht durch die bayeriſche Regierung verboten werden könne, wie es dem Abg. Thomas geſchehen ſei.

Abg. Dr. Streſemann (D. V.)

bittet die Regierung um eine Erklärung, die vielleicht eine Abſetzung der Anträge von der Tagesordnung ermöglichen würde, ſonſt müßte auch die Interpellation ſeiner Partei über Sachſen mit zur Verhandlungen kommen.

Reichsminiſter des Innern Oeſer

erklärt, die Reichsregierung werde ſicherlich mit den Landesregierungen eine Verſtändigung darüber herbeiführen, daß die jetzt beſonders notwendige Geſchloſſenheit des deutſchen Volkes nicht geſtört wird. Das verfaſſungsmäßige Recht der Abgeordneten zur Berichterſtattung an die Wähler auch während der Ferien könne durch keine Notverordnung aufgehoben werden. Das Miniſterium des Innern werde über Wahrung dieſes Rechtes wachen.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

verzichtet auf eine Debatte über den ſozialdemokratiſchen Antrag, fragt aber anſchließend an die heute in der Preſſe veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung, wie lange der Zuſtand andauern ſolle, daß die Regierung an allen möglichen Stellen Erklärungen abgebe, die zuſtändigen Stellen aber den Reichstag meiden.

Der kommuniſtiſche Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Anträge werden von der Tagesordnung abgeſetzt.

Präſident Loebe

bittet um die Ermächtigung, die nächſte Sitzung beſtimmen zu dürfen, da ſich bei der jetzigen politiſchen Lage die Ferien kaum bis Mitte Oktober ausdehnen können.

Abg. Marx (Ztr.)

ſpricht in herzlichen Worten dem Präſidenten Loebe den warmen Dank des Hauſes für ſeine vorzügliche Geſchäftsführung aus. (Allſeitiger lebhafter Beifall.)

Präſident Loebe

zieht ſeine Mitarbeiter in dieſen Dank ein und ſchließt nach 7 Uhr die Sitzung mit dem Wunſch, daß für unſer Volk, vor allem für die Bevölkerung an Rhein und Ruhr bald die Befreiungsſtunde ſchlagen möge.

Deutſches Reich.

Preußen im Welfenfonds-Prozeß unterlegen.

Leipzig, 8. Juli. Das Reichsgericht hatte über den Rechtsſtreit endgültig zu entſcheiden, den das Haus Braunſchweig-Lüneburg mit dem preußiſchen Staat über den Welfenfonds führt. Der preußiſche Staat hat das Recht, von den Zinſen des Welfenfonds, der in Höhe von 48 Millionen Mk. an König Georg V. von Hannover für den Verzicht auf die hannoverſche Königskrone gezahlt worden war, 300 000 Mk. für die Erhaltung des Schloſſes Herrenhauſen bei Hannover zu verwenden. Infolge der fortſchreitenden Geldentwertung hatte der preußiſche Staat auch die weiteren Zinſen dieſes Fonds angegriffen. Dagegen hat das Haus Braunſchweig-Lüneburg die Feſtſtellungsklage erhoben, die vom Landgericht abgewieſen, vom Kammergericht aber genehmigt worden war. Die hiergegen vom preußiſchen Staat eingelegte Reviſion wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ausland.

Der Weltſchiedsgerichtshof.

Miniſter a. D. Schiffer als Sprecher Deutſchlands.

Haag, 8. Juli. Bei der Verhandlung der Wimbledonangelegenheit am Weltſchiedsgerichtshof im Haag, gab, bevor der deutſche Vertreter das Wort ergriff, der Präſident davon Kenntnis, daß der Gerichtshof damit einverſtanden ſei, daß der Vortrag des deutſchen Vertreters in deutſcher Sprache gehalten und dann in die offiziellen Gerichtsſprachen, in die franzöſiſche und engliſche übertragen werde. Der Vertreter Frankreichs erklärte, daß er, ohne formellen Widerſpruch erheben zu wollen, ſich die grundſätzliche Stellungnahme ſeiner Regierung vorbehalten müſſe.

Sodann führte Reichsminiſter a. D. Dr. Schiffer aus, daß es aus Anlaß der Wimbledon-Angelegenheit das erſte Mal ſei, daß Deutſchland an dieſem Gerichtshof teilnehme, und daß er namens der deutſchen Regierung dem Gerichtshof den Ausdruck höchſter Achtung entbiete. Deutſchland habe die Gründung des „Cour permanente de juſtice“ mit lebhafter Sympathie begrüßt.

Schiffer fuhr fort: Deutſchland hält die Gründung für einen außerordentlichen Fortſchritt auf dem Wege, der allein zu dem auch von Deutſchland erſtrebten Ziel einer dauernden friedlichen Zuſammenarbeit aller Völker und Staaten führen kann, auf dem Wege der Gerechtigkeit, der die Schlichtung von Streitigkeiten und Meinungsverſchiedenheiten anders als durch Anwendung von Gewalt ſichert. Der Gerichtshof iſt aus hervorragenden und angeſehenen Vertretern der Nationen zuſammengeſetzt. Er hat ſich ein Verfahren gegeben, deſſen Formen von dem Streben nach Wahrheit und Unparteilichkeit zeugen. Deutſchland iſt davon durchdrungen, daß dieſes Gericht, auf das die Augen der Welt vertrauensvoll gerichtet ſind, ſich ſeiner Aufgaben voll bewußt iſt.

Schiffer gab darauf eine eingehende Darſtellung der äußeren und inneren Verhältniſſe Deutſchlands, die ſich infolge der Entwicklung des unglücklichen Krieges herausſtellten und zu dem Zwiſchenfall im Kieler Kanal führten. Er ſchloß daraus, daß die vitale Forderung der Sicherung Deutſchlands gegeben und ſolchen Notwendigkeiten Rechnung getragen ſei.

Die weitere Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Die Türken verlaſſen Lauſanne.

Lauſanne, 8. Juli. Die türkiſche Delegation beſchloß, infolge der andauernden Verſchleppung der Konferenz, einen Teil der Abordnung nach Angora zurückzuſchicken. 9 Mitglieder der Delegation, größtenteils Sachverſtändige, verlaſſen daher Lauſanne. Die drei Hauptbevollmächtigten Ismed Paſcha, Riza Nuri Bey und Mhaſſan Bey bleiben jedoch noch hier. Man erinnert bei dieſer Maßnahme daran, daß auch ſeinerzeit vor Abbruch der erſten Konferenz ein Teil der türkiſchen Delegation Lauſanne vorzeitig verließ.

Zwiſchen den alliierten Kabinetten trat noch immer keine Einigung in den drei weſentlichen Streitfragen ein. Die hartnäckig auftretenden Gerüchte über franzöſiſche Zugeſtändniſſe in der Kuponfrage, die eine Einigung unter den alliierten Kabinetten und eine eventuelle Einigung mit der türkiſchen Delegation erleichtern würden, finden bis jetzt keine Beſtätigung. In allen Kreiſen macht ſich eine wachſende Beſorgnis und Unruhe bemerkbar.

*

Der Hochverratsprozeß Judet.

Paris, 8. Juli. Im Prozeß Judet beendete der Generalſtaatsanwalt Lescouve ſeine Anklagerede. Er forderte die Geſchworenen auf, die Schuld des Angeklagten im Namen der ewigen Gerechtigkeit und im Namen derer, die für das Vaterland gefallen ſeien, zu bejahen. Hierauf begann der Anwalt Judets ſeine Verteidigungsrede, in der er vor allen Dingen erklärte, die vorgebrachten deutſchen Dokumente ſeien falſch, ſie ſeien fabriziert worden, ſie könnten als Schuldbeweis für den Angeklagten nicht dienen. Der Anwalt kennzeichnet zunächſt die ſchriftſtelleriſche Laufbahn Judets, um ſeine patriotiſche unantaſtbare Haltung zu beweiſen. Er wird ſeine Verteidigungsrede morgen fortſetzen.

Die Saarkommiſſion vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 7. Juli. Die geſtrige Nachmittagsſitzung des Völkerbundsrates, in der die Vernehmung der Mitglieder der Regierungskommiſſion des Saargebietes fortgeſetzt wurde und die ebenfalls unter völligem Ausſchluß der Preſſe und des Publikums ſtattfand, trug weit weniger den Charakter eines Verhörs als die Vormittagsſitzung. Der Präſident forderte die einzelnen Mitglieder der Regierungskommiſſion auf, zu den aufgeworfenen Fragen das Wort zu ergreifen, ſo daß teilweiſe eine allgemeine Diskuſſion entſtand. Als erſter ſprach das kanadiſche Mitglied der Regierungskommiſſion, Waugh, der, wie man aus gut unterrichteter Quelle erfährt, trotz gemäßigter und ruhiger Sprache, eine Reihe von ſchwerwiegenden Klagen über die Regierungsmethoden der Regierungskommiſſion vorbrachte. So führte er verſchiedene Fälle von Regierungshandlungen an, die der franzöſiſche Präſident Rault vorgenommen habe, ohne die anderen Mitglieder der Regierungskommiſſion zu befragen oder zu verſtändigen. Er beſtätigte, daß die meiſten Rechenſchaftsberichte an den Völkerbundsrat, ohne den Mitgliedern der Regierungskommiſſion vorgelegt worden zu ſein, von Rault, der ſie ſelbſt verfaßte, direkt nach Genf abgeſandt wurden. Nach Waugh äußerte ſich das belgiſche Mitglied Lambert über die Bevölkerung. Er beſchuldigte unter Verleſung von Zeitungsausſchnitten die deutſche Propaganda, Unruhe im Lande angeſtiftet zu haben. Das ſaarländiſche Mitglied Land hielt hierauf auf Brantings Aufforderung einen längeren Vortrag über ſeine Haltung bei dem Bergarbeiterſtreik. Aus den ziemlich unklaren Ausführungen geht hervor, daß er die Verordnung für durchaus gerecht hielt, und ſich nur deshalb ſeiner Stimme enthielt, weil er erſt ſeit zwei Tagen der Regierungskommiſſion angehörte und noch kein wichtiges Urteil über die Verhältniſſe hatte.

Das däniſche Mitglied der Regierungskommiſſion, Moltke-Huitfeld gib am Nachmittag keine Erklärung ab. Auf Seiten des Rats beteiligten ſich an der Ausſprache Robert Cecil, Branting, Simons und Hanotaux. Cecil ergriff anläßlich der Aeußerungen Waughs über die direkte Korreſpondenz Raults mit der franzöſiſchen Regierung die Angelegenheit, um der Reparationskommiſſion nahezulegen, ſich als Vertreter des Völkerbundes und nicht irgendeiner ausländiſchen Regierung zu betrachten.

Nach einer andern Verſion ſoll er ſogar von einer verſchleierten franzöſiſchen Regierung geſprochen haben. Derartige Aeußerungen ſind naturgemäß ſehr nachzuprüfen, angeſichts des abſolut vertraulichen Charakters der Bevölkerung zur Ratstagung wurde nichts beſchloſſen.

Nach zweiſtündiger Debatte entließ der Rat die Mitglieder der Regierungskommiſſion und zog ſich zu einer vertraulichen Ausſprache zurück, um den Text einer Entſchließung aufzuſetzen. In Kreiſen, die Rault und Hanotaux naheſtehen, trug man nach der Nachmittagſitzung einen gewiſſen Optimismus zu Schau, der in ſichtbaren Gegenſatz ſtand zu der ernſten Stimmung dieſer Kreiſe, nach der Vormittagsſitzung. Anderſeits erfährt man aber, daß verſchiedene Ratsmitglieder einen ſehr bedenklichen Eindruck von den Darlegungen der Regierungskommiſſion erhalten haben und ſich ſkeptiſch über die Haltung gewiſſer Mitglieder der Regierungskommiſſion äußerten.

Genf, 7. Juli. In der geheimen Sitzung über die Ergebniſſe des Verhörs der Regierungskommiſſionsmitglieder des Saargebiets beauftragte der Völkerbundrat den Redaktionsausſchuß mit der Ausarbeitung eines Entſchließungsentwurf. Dieſer Redaktionsausſchuß, dem Robert Cecil und Hanotaux angehörten, kam nach faſt zweiſtündigen Beratungen zu keinem Ergebnis. Der Rat wird daher morgen früh zu einer neuen öffentlichen Sitzung zuſammentreten.

Eine Entſchließung zur Saarfrage.

Genf, 8. Juli. Der Entſchließungstext über die Saarfrage, der nach langen geheimen Beratungen, in denen die Gegenſätze zwiſchen Lord Robert Cecil und Hanotaux ſich wiederholt äußerten, vom Redaktionskomitee, dem Hymans präſidierte, aufgeſetzt und nachmittags vom Rat einſtimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Dem Völkerbundsrat ging ein Antrag der engliſchen Regierung zu, der die Prüfung der Lage im Saargebiet bezweckt, insbeſondere die letzten Ereigniſſe, welche der Regierungskommiſſion Gelegenheit geben wollten, mit dem Rat durch perſönliche Fühlungnahme mit allen Mitgliedern der Regierungskommiſſion die engen Banden noch enger zu knüpfen, die zwiſchen dem Völkerbund und ſeinen Vertretern im Saargebiet herrſchen ſollen. Der Rat prüfte mit den Mitgliedern der Regierungskommiſſion die Grundlage der durch den Verſailler Vertrag eingeſetzten Regierung des Saarbeckens. Nach dem Vertrag wurde das Saar-Regime zu dem Zwecke eingerichtet, um die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung zu ſichern und Frankreich volle Betriebsfreiheit der franzöſiſchen Dominialgruben, von denen der Wohlſtand des Landes abhängt, zu gewährleiſten. Infolge der Inſtruktionen, die der Regierungskommiſſion bei ihrem Zuſammentritt am 13. Februar erteilt wurden, iſt die Kommiſſion dem Völkerbunde für die Erfüllung dieſer Funktionen laut Beſtimmung des Verſailler Vertrages verantwortlich. Die Kommiſſion, deren Präſident ausführender Agent iſt, iſt ſtets kollektiv für die Erfüllung aller Funktionen verantwortlich, die ſie irgend einem ihrer Mitglieder zwecks ſchnellerer Löſung der Regierungsprobleme anvertraut. Der Rat hielt es für dienlich, die Notverordnung vom 7. März zu beſprechen, die zurückgezogen worden iſt. Was die andern Ausnahmemaßnahmen betrifft, verläßt ſich der Rat auf die Weisheit der Regierungskommiſſion, damit ſie die beſtehenden Verordnungen in dem Augenblick zurücknimmt, an dem die Rückkehr zum normalen Recht angezeigt iſt.

Der Rat würdigt die wirtſchaftlichen Erwägungen, die die Regierungskommiſſion zur Einführung des Franken als dem einzigen geſetzlichen Zahlungsmittel veranlaßte. Für die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung erklärte der Rat weiter wiederholt, daß es wünſchenswert ſei, auf die Mitwirkung einer fremden Garniſon zu verzichten, ſobald die Entwicklung der lokalen Gendarmerie es geſtatten würde. In ſeiner Entſchließung vom 23. März nahm der Rat von den Maßnahmen Kenntnis, die die Regierungskommiſſion in dieſem Sinne getroffen und lud ſie ein, ihm vor Annahme des Budgets für das Rechnungsjahr 1924/25 das Programm für die Regelung der lokalen Gendarmerie zu unterbreiten. Indem er der Regierungskommiſſion den Ausdruck ſeiner hohen Würdigung des von ihr 3½ Jahre lang unter beſonders ſchwierigen Umſtänden vollbrachten Werkes erneuert, verſichert der Völkerbund ſie ſeiner vollen Unterſtützung bei der Regelung der ihr anvertrauten Aufgabe.

Dieſe Entſchließung wurde in öffentlicher Sitzung heute einſtimmig angenommen. Vor der Abſtimmung gab Hanotaux (Frankreich) eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er die Tragweite der Entſchließung nicht durch weitere Darlegungen abſchwächen wolle, die als Kritik ausgelegt werden könnten. Er würdigte die ſchwere Aufgabe der Regierungskommiſſion und forderte den Rat auf, durch ſeine Einmütigkeit der Bevölkerung des Saarbeckens ein Beiſpiel des gegenſeitigen Vertrauens und gegenſeitiger Zugeſtändniſſe zu geben.

Lord Cecil wies darauf hin, daß die Höflichkeitsformeln gewiſſer Abſchnitte der Entſchließung nicht den Eindruck erwecken dürften, als ob das Verhör der Regierungskommiſſion nicht mit voller Gründlichkeit durchgeführt worden wäre. Er hob vor allem die Wendungen hervor, in denen die Verantwortung der Regierungskommiſſion vor dem Völkerbundsrat betont wird und erklärte nochmals, daß die Kommiſſion nur dem Rat und keiner andern Gruppe oder Behörde verantwortlich ſei und daß dieſe Verantwortlichkeit eine kollektive Verantwortlichkeit ſein müſſe.

Branting (Schweden) unterſtrich ebenfalls die Verantwortlichkeit der Regierungskommiſſion vor dem Rat über den kollektiven Charakter derſelben, der die Gleichheit aller Mitglieder ſicherſtelle. Er danke dem Vertreter der engliſchen Regierung für das gründliche Verfahren bei dem Verhör der Regierungskommiſſion und erklärte, daß er infolge dieſes gründlichen Vorgehens und auf den Wunſch einiger Ratsmitglieder auf eine Vernehmung der Vertreter der Saarbevölkerung verzichte.

Der Präſident des Rats Salandra dankte Hymans und den andern Mitgliedern des Redaktionskomitees für die Ausarbeitung der Einigungsformel und ſprach die Hoffnung auf ein gemeinſames Zuſammenarbeiten zwiſchen der Saarbevölkerung und der Regierungskommiſſion aus, die das Land unter der hohen Leitung des Völkerbundes verwalte und regiere, und zwar auf der unerſchütterlichen Grundlage der Verträge.

Schluß-Sitzung des Völkerbundsrates.

Genf, 8. Juli. Der Völkerbundsrat beendete geſtern abend ſeine 25. Tagung, nachdem er noch eine Reihe auf der Tagesordnung ſtehender Fragen erledigt hatte. Er beauftragte den Generalſekretär, allen Mitgliedern des Völkerbundes ſofort den Bericht der Opiumkommiſſionen zuzuſtellen und ſprach auf den Antrag des engliſchen und chineſiſchen Vertreters den Vereinigten Staaten den Dank für die Beteiligung am Kampfe gegen den Mißbrauch des Opiums aus. Er ordnete die Herausgabe eines Jahrbuches für militäriſche Informationen an, um die Abrüſtungsarbeiten zu erleichtern und beſchloß auf Antrag Hanotaux Aegypten, Marokko und Tunis zu der Vollkonferenz am 15. Oktober einzuladen. Er genehmigte den Bericht Nanſens über die Gründung einer Völkerbundorganiſation für Hygiene und beglückwünſchte ihn zu ſeiner Tätigkeit im Intereſſe der ruſſiſchen Flüchtlinge.

Der Rat nahm ferner eine Erklärung des lettiſchen Vertreters entgegen, die dem Völkerbundrat das Recht zuerkennt, ſich mit der Minderheitenfrage in Lettland zu befaſſen, falls die Lage der dortigen Minderheiten nicht den allgemeinen Grundſätzen der Minderheitenverträge entſprechen ſollte. Zum Schluß ordnete der Rat an, daß auf der nächſten Tagung die geſetzliche Regelung der Stellung der religiöſen Gemeinden in Albanien und die lettiſche Erklärung über den Minderheitenſchutz verhandelt werden ſollen.

Ausklang der Debatte Danzig-Polen.

Die polniſchen Forderungen abgelehnt.

Genf, 8. Juli. Der Völkerbundrat ſchloß geſtern in öffentlicher Sitzung die große Danzig-polniſche Debatte vom Mittwoch, indem er die inzwiſchen vom ſpaniſchen Berichterſtatter Quinones de Leon ausgearbeiteten Vorſchläge genehmigte, die auf eine Ablehnung der polniſchen Forderungen hinausgehen und im allgemeinen der vom Völkerbundskommiſſar und der Freien Stadt Danzig vertretenen Auffaſſung vollkommen gerecht zu werden. So ſetzt ſich der Rat über die polniſchen Forderungen nach Reviſion der geſamten Beziehungen zwiſchen Danzig und Polen in einer grundſätzlichen Erklärung hinweg, in der es feſtſtellt, daß er entſchloſſen ſei, die Rechte Polens Danzig gegenüber aus dem Vertrag zu wahren, wobei jedoch die Satzungen Danzigs unangetaſtet bleiben müßten. Danzigs Intereſſen ſeien eng an Polen gebunden. Die Rechte Polens und die Intereſſen Danzigs müßten daher durch eine gegenſeitige Verſtändigung geſichert werden. Was die Löſung der gegenſeitigen Streitfälle zwiſchen den beiden Regierungen betrifft, ſo ſeien ſie dem Völkerbundkommiſſar in Danzig zu überweiſen. Der Völkerbund ſei bereit, die Mitarbeit der Beamten des Völkerbundſekretariats zur Beilegung der Streitigkeiten zur Verfügung zu ſtellen. Falls der Völkerbundskommiſſar es wünſche, können die Verhandlungen zwiſchen den beiden Parteien auch in Genf ſtattfinden. Auf jeden Fall dürfte aber den Entſcheidungen durch keinerlei direktes Vorgehen eines der betreffenden Beteiligten vorgegriffen werden. Ueber die wichtige Frage der Rechtsgültigkeit der Danzig-polniſchen Konvention, die Polen zu Gunſten einer einſeitigen Auslegung des Verſailler Vertrages benutzen wollte, fällte der Rat ebenfalls einen der Danziger Auffaſſung gerecht werdenden Spruch.

Beamtenfragen.

Die neuen Beamtengehälter.

Berlin, 8. Juli. Die Verhandlungen über die Beamtengehälter, die im Reichsfinanzminiſterium ſtattfanden, wurden am geſtrigen Nachmittag abgeſchloſſen. Es wurde beſchloſſen, die Teuerungszulagen auf das 237fache und die Frauenzulage auf 168 000 Mk. ab 1. Juli zu erhöhen, was einer Erhöhung von 75 bis 80 Prozent gleichkommt.

Berlin, 8. Juli. Der Haushaltsausſchuß des Reichstages gab die Einwilligung zur Auszahlung der neuen Teuerungszuſchläge zu den Bezügen der Staatsarbeiter und Beamten. Entſprechend wurde auch der Stundenlohn der Staatsarbeiter feſtgeſetzt.

*

Oertliche Sonderzuſchläge für die Beamten.

Berlin, 8. Juli. Im Reichsfinanzminiſterium fand am Freitag eine Beſprechung mit den Länderregierungen über die Frage der örtlichen Sonderzuſchläge an den Orten mit beſonders ſchwierigen Verhältniſſen ſtatt. Da die Behandlung der Frage für das geſamte Reichsgebiet längere Zeit erfordert und anderſeits die Regelung im beſetzten und Einmarſchgebiet und in den angrenzenden Gebieten baldmöglichſt erfolgen muß, ſollen zunächſt die letztgenannten Gebiete vorweg behandelt werden.

Im Anſchluß hieran ſoll alsbald die Frage der örtlichen Sonderzuſchläge für die übrigen Reichsgebiete erneut geprüft werden. Die Prüfung ſoll ſich insbeſondere darauf erſtrecken, inwieweit ſich die Unterſchiede in den Beamtenbezügen an den einzelnen Orten, die durch die örtlichen Sonderzuſchläge entſtanden ſind, ſei es durch Abbau der jetzigen Zuſchläge, ſei es durch Ausdehnung des Kreiſes der Orte, ausgleichen laſſen.

Arbeiter- und Gewerkſchaftsfragen.

Die neuen Löhne im Ruhrbergbau.

Bochum, 8. Juli. Unter dem Vorſitz des Reichs- und Staatskommiſſars Mehlich wurde geſtern für den Ruhrbergbau folgender Schiedsſpruch gefällt:

1. Erhöhung des Hausſtands- und Kindergeldes um je 1344 Mk. je Schicht.
2. Erhöhung des Leiſtungslohnes um 58 Prozent oder durchſchnittlich 27 555 Mk. je Schicht.

Dabei iſt angenommen, daß die 50 Prozent überſteigende Erhöhung den beſonders durch die Abſchnürung veranlaßten Teuerungsverhältniſſen des Ruhrbezirks Rechnung tragen ſoll. Die Erhöhung tritt am 8. d. Mts. in Kraft. Die Parteien haben den Schiedsſpruch angenommen.

Ruhr und Rhein.

Verlängerung der Sperre noch um weitere 6 Wochen?

Das Wolffſche Telegraphenbureau berichtet:

WTB Trier, 7. Juli. Wie uns von zuverläſſiger Seite mitgeteilt wird, beabſichtigen die Franzoſen, nach Ablauf der 14tägigen Sperre, dieſe noch um etwa ſechs Wochen zu verlängern, und zwar mit der Begründung, man habe die Täter noch nicht gefunden.

Die „Rhein.-Weſtf.-Zeitung“ bringt eine gleichlautende Nachricht aus Berlin. — Eine Beſtätigung dieſer Meldung liegt bislang nicht vor.

4 Milliarden in Duisburg beſchlagnahmt.

Ein Teil der Geldbuße.

WTB Paris, 7. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Düſſeldorf beſchlagnahmte die belgiſche Beſatzungsbehörde in der Reichsbankfiliale Duisburg 4 Milliarden Mark, um die Geldbuße von 30 Milliarden zu decken, die der Stadt nach dem Eiſenbahnunglück an der Hochfelder Brücke auferlegt worden iſt.

Dr. Grützner an Mſgr. Teſta.

Elberfeld, 7. Juli. Der Regierungspräſident Dr. Grützner hat wegen der Abſperrung des Ruhrgebietes an den päpſtlichen Delegaten in Eſſen ein Telegramm gerichtet, in dem er darauf hinweiſt, daß durch die Abſchnürungsmaßnahmen eine Ernährungskataſtrophe in nächſte greifbare Nähe gerückt ſei. Es ſei ihm wiederholt mündlich und ſchriftlich erklärt worden, daß über das Ruhrgebiet keine Hungerblockade verhängt würde; trotzdem werde in die deutſche Zufuhr und Verteilung von Lebensmitteln eingegriffen, auch jetzt finde eine ungehinderte Einfuhr nicht ſtatt. Die Zahl [illegible] Menſchen mehre ſich, beſonders in der Kinderwelt. Die Bevölkerung, beſonders die katholiſche, bitte den päpſtlichen Delegaten, dieſe Verhältniſſe zum Gegenſtand raſcheſter, weitgehendſter Einflußnahme zu machen, insbeſondere deutſchen ſtaatlichen und ſtädtiſchen Beamten ungehinderte Ein- und Ausreiſe in Angelegenheiten der Lebensmittelverſorgung ſofort zu erwirken. Zehn Millionen Menſchen erhoffen den Erfolg ſeines Schrittes.

Geiſeln für Perſonenzüge.

Buer, 7. Juli. Der belgiſche Kreiskommandeur erläßt eine Bekanntmachung, wonach bis auf weiteres alle Perſonenzüge zwiſchen Buer-Nord und Oberhauſen von einer Anzahl Buerſcher Einwohner begleitet werden müſſen. In der Verfügung heißt es u. a., daß die Buerſchen Bürger mit dem Tode beſtraft werden, wenn durch irgendwelche Anſchläge gegen die Eiſenbahn oder gegen die bezeichneten Perſonenzüge das Leben der belgiſchen Soldaten gefährdet werde. Die Geiſeln ſollen alle 8 Tage neu ernannt werden und müſſen die Züge einen über den anderen Tag begleiten. Sie ſollen ſich im Rathauſe verſammeln. Der Kommandant wird dann die geeigneten Leute auswählen.

Wiederhergeſtellte Gleiſe.

Buer, 7. Juli. Die „Rhein.-Weſtf. Ztg.“ meldet: „Den Bemühungen holländiſcher Wirtſchaftskreiſe iſt es gelungen, die Wiederherſtellung des zerſtörten Staatsbahngleiſes an der Strecke Bismarck—Buer-Süd und des zerſtörten Anſchlußgleiſes nach der Zeche „Unſer Fritz“ zu erreichen. Durch die Stillegung der Strecke Bismarck—Dorſten war die Verbindung nach Holland unterbrochen. Die Milch- und Lebensmittelſendungen konnten nicht durchgeführt, die Kohlenlieferungen nach dem deutſch-holländiſchen Wirtſchaftsabkommen nicht ausgeführt werden.

Belagerungszuſtand über Witten.

Witten, 7. Juli. Die franzöſiſche Behörde teilte laut „Rhein.-Weſtf. Ztg.“ der Stadtverwaltung mit, daß in der vergangenen Nacht in der Ardeyſtraße Revolverſchüſſe abgegeben worden ſein ſollen. Sie hat nunmehr mit Wirkung von heute abend 9 Uhr ab folgende Verordnung getroffen: 1. Schließung ſämtlicher Wirtſchaften und Kinos, 2. Verbot des Straßenverkehrs von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Dieſe Anordnung ſoll bis auf weiteres gelten. Ausgenommen von dieſer Maßnahme ſind Arbeiter mit Ausweiſen, Aerzte, Hebammen und uniformierte Polizeibeamte.

Verurteilungen.

Buer, 7. Juli. Der Arzt Dr. Janſen wurde vom Kriegsgericht in Sterkrade wegen Beſitzes eines Dolches zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldſtrafe verurteilt. — Der katholiſche Geiſtliche Lodde, bei dem bei einer Hausſuchung die Ehrendegen der [illegible] vorgefunden wurden, wurde zu 14 Tagen Gefängnis und einer Million Mark Geldſtrafe verurteilt.

Sozialeſ.

Die Reichsindexziffer für Anfang Juli.

Berlin, 8. Juli. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskoſten ſtellt ſich nach den Berechnungen des Statiſtiſchen Reichsamtes für den 4. Juli auf 16 180. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche ([illegible]) beträgt ſomit 27,3 Prozent.

Statt Karten.

Ihre Verlobung zeigen an:

Gustel Backes
Emil Rutkowski

Gelsenkirchen, Juli 1923. 18761

Statt besonderer Anzeige.

Die Geburt unseres 18757
Jungen
zeigen wir hocherfreut an

Diplom-Ingenieur
Alfons Beidermühle
Else Beidermühle
geb. Marten.

Gelsenkirchen, den 7. Juli 1923.
Bochumerstr. 71.

Bekanntmachungen der Stadtverwaltung.

Bekanntmachung.

Die neue Gebührenordnung für die städtischen Friedhöfe Gelsenkirchens liegt zur Einsichtnahme im Zimmer 15 der Pestalozzischule sowie in den Dienstzimmern der Gartenverwaltung und der städtischen Friedhöfe offen.

Gelsenkirchen, den 7. Juli 1923.
18766 Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Durch die Neufestsetzung des Milcherzeugerpreises und der Molkereispanne müssen auch die Kleinhandelspreise für Milch vom 9. d. M. neu festgesetzt werden.

Es stellt sich der Preis für
1 Liter Vollmilch auf . . . 4160 Mk.
1 Liter Mager- und Buttermilch auf . . . 2000 Mk.

Der Milchpreis für die hiesige Landwirtschaft erhöht sich demnach bei Abgabe ihrer gewonnenen Milch an die hiesige Milchversorgung um 2860 Mark.

Gelsenkirchen, den 9. Juli 1923.
18764 Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Die endgültig festgesetzten Pachtpreise für Kleingartengrundstücke können auf Zimmer 15 der Pestalozzischule eingesehen werden; sie treten sofort in Kraft.

Gelsenkirchen, den 6. Juli 1923.
18765 Der Oberbürgermeister.

Kleine und große [illegible]

Landwirtschaften

in Ostpreußen, Landwirtschaften bei Stettin und Bielefeld. Wohnhäuser, Geschäftshäuser, Ladenlokale mit 1- bis 3-Zimmerwohn., sofort beziehbar, zu verkaufen.

A. Kly, Bochumerstr. 36 1 Etage.

Am Dienstag, den 10. Juli, nachm. 4 Uhr, werde ich die

Besitzung

in Gelsenkirchen, Hofstraße 3 (am Alten Markt) mit aufstehenden Gebäuden in der Wirtschaft des Herrn Anton Jürgens, Gelsenkirchen, Alter Markt 14, meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Gustav Hagemann
vereidigt. Auktionator f. Immobilien für den Stadt- u. Landkreis Gelsenkirchen,
Essenerstraße 74, Teleph. 1105.

Wir kaufen sofort gegen Zahlung noch mehrere

größere Bau-Terrains

auch Bauplätze von 20—70 Quadrat-Ruten. Ferner kleinere Lagerplätze, Wohn- u. Geschäftshäuser, Wirtschaften und übernehmen jedes Geschäftslokal mit Waren.

Gustav Hagemann & Sohn
Essenerstraße 74, Telephon 1105.

---

5 Millionen und mehr

zahlt besseres, kinderloses Ehepaar für

4- und mehrräumige Wohnung.

Evtl. kann eine hübsche abgeschlossene 2-Zimmer-Wohnung im Mittelpunkt der Stadt eingetauscht werden.

Schriftliche Anerbieten unt. Nr. 18755 an die Geschäftsstelle ds. Ztg. erbeten.

Buchhalter(in),

mit der amerikanischen Buchführung und Maschinenschreiben vertraut, zum 1. August gesucht.

Offerten unter Mitteilung der bisherigen Tätigkeit und Beifügung von Zeugnisabschriften nebst Gehaltsansprüchen an

18776 Baugeschäft Wiesmann, Gelsenkirchen, Herzogstraße.

Für einen herrschaftlichen Haushalt wird ein

Mädchen

aus gut bürgerlichem Hause als Stütze der Hausfrau bei Familienanschluß ges.

Schriftl. Angebote unter Nr. 18769 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Rentables
Wohnhaus
m. freiwerdend. Wohnung sofort gegen Barzahlung zu verkaufen.
Offerten u. Nr. 18773 an die Gesch.

Jung. verh. Studienrat sucht möbl. Wohnung, 2 Zimmer, mit Küche od. elg. Kochgelegenh. in ruh. Lage für Ende August evtl. auch für später.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 18688 a. d. Gesch.

Schlafstelle
frei. 18784
Schmiedestr. 5.

---

2 Freunde suchen auf sofort
Schlafstelle
oder möbl. Zimmer.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 18786 a. d. Gesch.

Arzt,
hier tätig am Bakt.-Institut, sucht sofort
möbl. Zimmer
in bess. Hause. Zeitgemäße Bezahlung.
Anerb. u. Nr. 18226 an die Geschäftsst.

Suche für einen meiner Herren ein
möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension in der Altstadt.
Firma L. Mols, Ringstraße 55, Tel. 297 u. 298. 14790

Anständige Leute erhalten 18789
Logis.
Vohwinkelstr. 87.

Kost u. Logis
frei. 18768
Seidlitzstraße 3.

Junger Mann sucht
Kost u. Logis,
Winbeck, Katernberg, Provinzialst. 123, I. E.
18787

Tüchtiger, solider
Fuhrknecht
(guter Pferdepfleger) zum sofortigen Eintritt gesucht. 18783
Kamp & Schmidt, Eisen-Betonbau, G. m. b. H., Moltkestr. 21.

Suche
Nebenbeschäftigung
gleich welcher Art.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 18753 a. d. Gesch.

Stütze,
die gut bürgerlich kochen kann, sowie Stopfen, Ausbessern und Bügeln versteht, gesucht.
Ed. Hasler, Bankstraße 12. 18778

Suche ein 18581
Halbtagsmädchen
Nachzufr. Bäckerei W. Röttger, Rotth., Schonnebeckerstr. 5.

Braves
Mädchen
zur Pflege und zum Ausfahren mein. Zwillinge von 1½ Jahren und für etwas Hausarbeit gesucht. 18749
Müller, Köln, Brandenburgerstr. 20.

Suche per sofort ein tüchtiges, in allen Hausarbeiten erfahr.
Mädchen.
Bäckerei Brinker, Wanne, Gelsenkirchenerstraße 85. 18758

Junges Mädchen, 22 J., welches sehr gut nähen kann, sucht angenehme
Stelle,
wo es sich in der Küche mit betätigen kann.
Schriftl. Anerb. u. Nr. 18762 a. d. Gesch.

Tüchtiges, zuverlässiges 18763
Mädchen
für sofort oder später gesucht.
J. Roth, Alte Apotheke, in Eickel bei Wanne.

Propres, tüchtiges
Mädchen
für sofort gesucht.
Frau Jos. Vallender, Röhlinghausen bei Wanne, Königsgruberstraße 59.

Tüchtiges 18770
Erstmädchen
zum 15. Juli gesucht.
Frau Elisab. Selm, Schillerstr. 3 (am Stadtgarten). 18770

Ein zuverlässiges, tüchtiges, ehrliches
Mädchen
nicht unter 17 Jahren, für alle Hausarbeit (Privathaushalt) geg. guten Lohn gesucht.
Fr. Rittenbruch Gelsenkirchen 3, Festweg 13. 18780

Für meinen kleinen Privathaushalt (2 Pers.) suche ein tüchtiges, ehrliches
Mädchen
nicht unter 18 Jahren mit nur guten Zeugnissen für ⅔ Tage. Vorzustellen zwisch. 10—12 Uhr bei
Frau Max Michel, Toreingang Klosterstraße, gegenüber der Fischhalle.

Junges 18775
Mädchen
für morgens sofort gesucht.
Heinrichstr. 73 part.

Mädchen
kath., von 14—16 J., welches zu Hause schlafen kann, sofort gesucht. 18789
Augustastr. 61 a. I.

Ich zahle
die höchsten Preise
für getr. Herren- u. Damengarderoben.
Löwi, Schalkerstraße 91. Tel. 2733.

Wachsamer 18754
Schäferhund
billig zu verkaufen.
Spicherustr. 5.

Achtung!
Treffe heute mit einem großen Transport
Schweine
ein, die ich bill. abgebe
Raphael, Königst. 11 am Alten Markt.

Waschfässer
aus Eichenholz sind wieder zu kaufen.
Küferei Th. Klein, Bergmannstr. 38, Telephon 612. 18434

Kippwagen
sofort zu kaufen gesucht. 18668
Gustav Jortzik, Bismarckstr. 123.

Fahrrad
neu oder gebraucht, zu kaufen gesucht.
Adolf Paul, Luisenstraße 8. 18617

Groß. Schweineverkauf
Heute trifft ein großer Transport Münsterl. Schweine ein, das Stück 250 000, 280 000, 300 000 M. u. höher. 18774
Kuß, Grenzstr. 175.

Zahle für:
Kupfer Mk. 18 000
Rotguß Mk. 15 000
Messing Mk. 12 000
Blei u. Zink Mk. 6 000
Eisen Mk. 1000
Alb. Siemann
Viktoriastraße 6.

Heute trifft eine Sendung groß. u. klein. **Schweine** ein, die ich billig abgebe.
Heinrich Knickmann, Eickel, Kurfürstenstraße 58.

---

600 Mark
zahle ich für
Weinflaschen.
Größ. Posten werden abgeholt. 15948
Weinhandlg. Forster, Luitpoldstraße 24. Fernruf 824.

Herrenstoffe
feinste Qualität, für Anzüge, Schlüpfer, Hosen u. Kostüme unter Ladenpreis.
Gubener Stofflager
Gels. Hochstr. 48. I. i. Möbelh. Blumenreich. Kein Laden.

Große und kleine
Schweine
angekommen. 18781
Heinr. Dammkröger, Gelsenk. 3, Schillstraße 6.

Mehrere 18779
Dienstmädchen
gesucht.
Ed. Hasler, Bankstraße 12.

Eine fast neue
Waschmaschine
Daselbst auch ein
Fahrrad
mit Freilauf u. Rücktrittbremse zu verk.
Rotthausen, Cäcilienstraße 12b p. 18750
Vorzuspr. 9—12 Uhr vormittags.

Harn-, Haut- u. Blasenleiden

Blutproben, Flechten, Hautausschläge, Geschwüre, Krätze, Gallensteine, operationslose Behandlung von Frauenleiden. Größte Erfolge nachweisb. selbst i. verzweifelt. Fällen. Homöopathie. Naturheilverfahren, Elektrizität und Höhensonne.

A. Demke, Gelsenkirchen, Holstr. 2, am Alten Markt.
Sprechzeit 9½—1 Uhr.
Sonntags von 10—12 Uhr.

M. Haim
Dentist
Telephon 2146.
Sprechstunden 9—12 und 3—6 Uhr. 4090
Kreuzstr. 3.

Kranke!

Rheumatismus, Asthma, Blutarmut, Lungenleiden, Herzleiden, Nierenleiden, Magen- u. Darmleiden, Blasenleiden, Ausschläge aller Art u. and. Krankheiten werden schnellstens geheilt.

Fr. Jorzik, prakt. Magnetopath,
Klarastift, Florastraße 25.
Sprechstunden: 9—1 und 3—6 Uhr.

Bist du angeklagt?

Rat u. Hilfe in Strafsachen, Strafaufschub, Begnadigung, sowie in Mietstreitsachen, in all. Prozeßsach., insbesondere **Ehescheidungen** erteilt
Rechtsauskunftstelle Willeke,
Augustastraße 3. Telephon 1112.

Noch ist es Zeit!

Neuer Lotteriebeginn 10. Juli.

Die jetzt so beliebten ganzen und halben Lose sind bei mir noch vorrätig. — Preise: (sonst

1 Ganzes 10000.- | 1 Viertel 2500.-
1 Halbes 5000.- | 1 Achtel 1250.-

Lotterie Flaskamp,
Weststraße 15. Fernsprecher 2417.

Gute
Möbel
preiswert

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen 15696

Große Ausstellungsräume
12 große Schaufenster
— Besichtigung erbeten —

G. BLOCK
Gelsenkirchen, Schalkerstraße 75
Haltestelle der Straßenbahn Linie 1.

Maschinen
und
Eisenkonstruktion
aller Art kaufen **auf Abbruch**
zu höchsten Tagespreisen.

Spezialität: 18505
Abmontieren alter Heizkörper.

Gerbersmann & Co., G. m. b. H.,
Gewerkenstr. 12. Tel. 3802.

◆ **Achtung!** ◆

Wir zahlen ab heute nach

Dollarkurs!

Kupfer 18 000 Mk.
Rotguß 10 000 Mk.
Messing 8 000 Mk.
Blei u. Zink 5 000 Mk.
Eisen 700 Mk.

Hole jed. Posten m. Fuhrwerk ab
Rohprodukten-Lager
König-Wilhelmstr. 24
Nähe Schalker Markt.

Achtung!

Nur ich zahle die höchsten Preise für: 18498

Kupfer, Messing, Blei, Eisen, Lumpen, Felle, Säcke und Flaschen.

Rohprodukten-Handlung
Lorenz Szymanski
Grillostraße 120.

ZWECKMÄSSIGE UND SPARSAME HAARPFLEGE

SCHÄUMENDES
AUXOLIN
KOPF- & HAARWASCH-PULVER

F. WOLFF & SOHN
KARLSRUHE

Preuß. Klassen- 17857
Lotterie Degenhard

Morgen Ziehung!
Tausend Millionen
auf einmal
können Sie jetzt gewinnen.
Lose noch frei!

1/1	1/2	1/4	1/8
Mk. 10 000	5 000	2 500	1 250

Moderne Brillen

und Kneifer kaufen Sie vorteilhaft bei mir.
Auf Einschleifen von Gläsern kann evenfl. gewartet werden.
Bekannt billige Preise.

Opfiker Zweibäumer
Ringstraße 81, Ecke Elisabethstraße,
im Hause Restaurant Salamander.

Krätze
entsetzl. Hautjucken beseitigt in kürzester Zeit unter Garantie ohne Berufsstörung u. ohne Schmierkur
Beinleiden
auch in veralt. Fällen werd. u. Garant. geh.
Flechten,
nasse und trockene, Eitergeschwüre, Kopfschorf bei Kind. sow. sämtl. Hautkrankheit. werden geheilt.
Heilinstitut für alle Hautkrankheiten, Wanne, Hindenburgstraße 118.
Jeden Dienstag u. Freitag v. morgens 9.30 bis 12.15 Uhr in Gelsenkirchen, Wirtschaft Simon, Alter Markt. 7660

---

200 000 bis 1 000 000
zahle für gebrauchte Herde, Küchenbüfette, Kleiderschränke.
Für ganze
Einrichtungen
zahle 100 000 M. mehr wie jed. andere.
Weidberg,
Hochstr. 70. Tel. 1741.
Komme n. Auswärts.

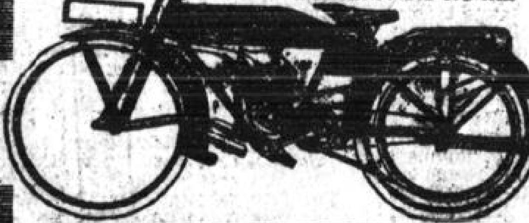
Kaufe leere
Flaschen
aller Art zum höchst. Tagespreis. 18457
Flaschenhandlg.
Hoffmann,
Hochst. 61, Tel. 3076

Treffe mit einem Transport großer und kleiner 13397
Schweine
ein, welche ich spottbillig abgebe.
Hochstraße 71.

Herko-Motorräder

2 PS

ausgezeichnet mit dem Siegeskranz f. die beste Zweitaktmaschine bis 175 km



Beuker-Motorräder
2½ PS mit 2 Ganggetrieben, Leerlauf-Kuppelung und Kickstarter.

Generalvertreter für das Ruhrgebiet:
Albert Stork, Gelsenkirchen,
Ringstraße 52. Telephon 2817.
Reparaturen schnell und fachgemäß.

Für Wiederverkäufer
hat 18690
Zigaretten
billig abzugeben
Tabakwaren-Niederlage
Inhaber: Reinhold Heim
Gelsenkirchen. Alter Markt 4.

Gebrauchte 18713
Möbel
Herde, ganze Einrichtungen kauft Böttcher, Wilhelminenstr. 98. Bitte Karte.

Eine 4rädrige
Karre
zu verkaufen. 18748
Florastraße 88.

Achtung! Achtung!
Heute morg. 9 Uhr großer 18777
Schweineverkauf.
Bin mit ein. Transp. großer und kleiner Schweine eingetroff., die ich zum billigen Tagespreise abgebe. Keiner versäume die günst. Gelegenheit.
Heinr. Schubert, Schalke, Haldenst. 17. Tel. 2933.

Neues 18760
Motorrad
N. S. U. 4 PS, mit Leerlauf und Kickstarter preiswert zu verkaufen, wegen Anschaffung e. Wagens.
Paul Drobig, Arminstraße 6.

Verschiedene gut präparierte 18752
Vögel und Säugetiere
zu verkaufen.
E. Egenhofer, Zool. Präparator, Hohenzollernstraße 8 a.

Stadthalle
Heute Montag von 7½ Uhr:
Wagner-Abend
Philharmon. Orchester. (Verstärkt.)
Mittwoch, den 11. Juli, nachm. von 3½ Uhr:
Kaffee-Konzert
Abends:
Terrassen-Konzert
Vorgesehen: Feenhafte Beleuchtung der Terrasse.

Tanzschule Fischbach
Tel. 1533. Kampstraße 35. — Eigener großer Parkettsaal. Ausbildung in Rund- und modernen Tänzen, einzeln u. zu mehreren. Ausbildung u. Aufnahme täglich.

Bungerts Privat-Tanzlehrinstitut
Karlstraße 25. Nähe Neumarkt. Tel. 2495.
Kein langweiliger Kursus, welch. monatelang dauert. In 3-4 Std. vollständ. ballfähig. Keine Zuschauer, dah. ungenierteste Ausbildung besonders f. ält. Personen. Unterricht von morgens bis abends.

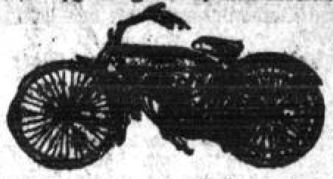
Welche Firma od. Geschäft liefert hiesigem Kaufmann
Ware
auf Provision? Ladenlokal u. Einricht. vorhanden.
Anerb. u. Nr. 18725 an die Geschäftsst.

Zahle
die höchsten Preise
für getragen. Herren- u. Damengarderoben, Wäsche, Schuhe usw.
Wind, Bismarckstr. 148. Karte gen.
17741

Säcke
Kaufe alle Sorten, auch Papiersäcke sowie Packleinen zu d. höchst. Tagespreisen.
Tanne
Hochstraße 81.
Telephon 2839.

Für gebrauchte
Herren- u. Damenfahrräder
sowie auch verrostete Fahrräder
zahle ich bis 17481
1 000 000 Mark
pro Stück.
Perlstein Gelsenkirchen Bismarckst. 101.

Snob
Leichtmotorräder
1¾ PS, gefälliger Bau, betriebssicher.



P. Kochan, Ueckendorferstraße 145.

Stempelkissen, Stempelfarben,
Stempel aller Art
erhalten Sie am Tage der Bestellung nur in der
Gelsenkirchener Stempelfabrik
Berger & Kreuter
Bergmannstraße 54, Telephon 3755.

Fernruf 2754.

Stahldrahtmatratzenfabrik „Westfalia“
Gelsenkirchen, Schalkerstr. 58, empfiehlt ihre aus bestem Material und sorgfältig gearbeiteten **Sprungfedermatratzen** zu äußersten Tagespreisen. Gangbare Maße stets vorrätig.

Fernruf 2754.

Die allerhöchsten Tagespreise
für 18856
Säcke
zerrissene und auch Papiersäcke aller Art, und Sacklumpen zahlt nur
Hoffmann, Hochstr. 61.
Tel. 3076. Komme auch nach auswärts.

Empfehle mich den Vereinen und Gesellschaften zur Aufnahme von
Gruppen- u. Sportbildern
aller Art.
Spezialität: Momentaufnahmen. Paßbilder. 18609
Schützenstraße 22. Tel. 3827.
Sonntags geöffnet.

Achtung!
Eisen, Lumpen, Altmetalle und Säcke aller Art, sowie 18809
Felle
wie: Ziegen-, Hasen-, Kanin-, Zickel- und Schaffelle kauft laufend zu höchst. Tagespreisen.
Vogel, Ahstraße 55, Telephon 2477.